

Crim.

273

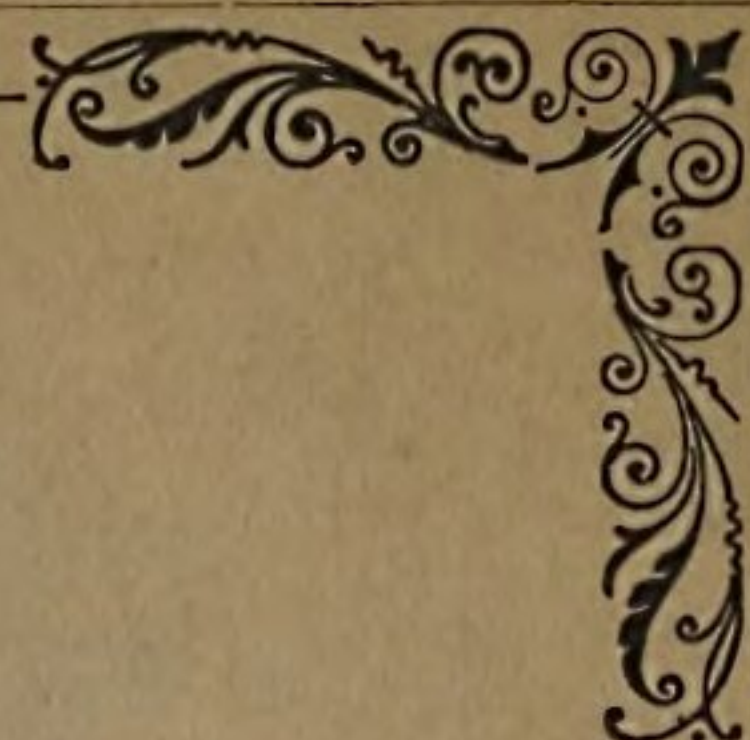
sud

Wagner, Bridget J. Lgh 1000.0
St. Paul, Minn.

Crim.

273 svd

Wagner



Beitrag zur Lehre von den Objekten

des Verbrechens insbesondere zur Lehre
von den Objekten der Vermögensdelikte

von

Dr. Peter Wagner.



Darmstadt.

Buchdruckerei Gebr. Edelmann.

1897.





Seinen lieben Eltern

in Dankbarkeit zugeeignet

vom Verfasser.

Vorbemerkung.

Unsere Abhandlung zerfällt in 2 Hauptteile. Im ersten Teile werden allgemeine Fragen aus der Lehre von den Objekten des Verbrechens besprochen, während im zweiten Teile auf der Grundlage der Ausführungen des ersten Teils 2 specielle Fragen aus der Lehre von den Objekten der Vermögensdelikte erörtert werden sollen.



Introduction

The purpose of this study is to investigate the effects of various factors on the growth of plants. The study was conducted in a controlled environment over a period of six weeks. The results show that the growth of plants is significantly affected by the amount of light, water, and nutrients they receive. The study also found that the growth of plants is affected by the temperature of the environment. The results of the study are presented in the following sections.

Methodology

Abkürzungen.

Berner: Berner. — Lehrbuch des deutschen Strafrechts 16. Auflage. 1891.

Binding Handbuch: Binding. — Handbuch des Strafrechts. I. Bd. 1885.

Binding Normen: Binding. — Die Normen und ihre Uebertretung. I. Bd. 1872. II. Bd. 1877.

Birkmeyer Grundriss: Birkmeyer. — Grundriss zu Vorlesungen über gemeines deutsches Strafrecht. 1892.

Entsch.: Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen.

Gebauer: Gebauer. — Der strafrechtliche Schutz wertloser Gegenstände. 1893.

G.-S.: Gerichtssaal.

Geyer Grundriss: Geyer. — Grundriss zu Vorlesungen über gemeines Deutsches Strafrecht 1884/85.

Hälschner: Hälschner. — Das gemeine Deutsche Strafrecht. 1881—84/87.

H. H.: v. Holtzendorff. — Handbuch des Deutschen Strafrechts in Einzelbeiträgen. 1871—77.

Liszt: v. Liszt. — Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 6. Auflage. 1894.

v. Meyer: v. Meyer. — Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 4. Aufl. 1888.

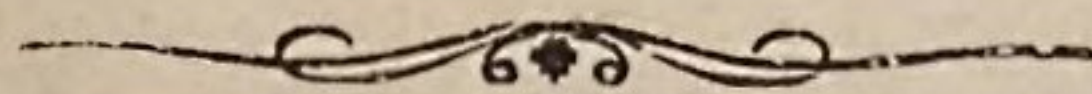
Merkel: Merkel. — Lehrbuch des deutschen Strafrechts. 1889.

Olshausen: Olshausen. — Kommentar zum Strafgesetzbuch etc. 1885. 2. Aufl.

Oppenheim: Oppenheim. — Die Objekte des Verbrechens. 1894.

Oppenhoff: Oppenhoff. — Kommentar zum Strafgesetzbuch. 1876. 5. Aufl.

Z.: Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.



ERSTER TEIL.

ERSTER ABSCHNITT.

Über den Begriff „Verbrechens-Objekt“.

I. Liszts und Oppenheims Definitionen zur Lehre von den Objekten des Verbrechens.

§ 1.

Die strafrechtlichen Erörterungen in der Lehre von den Objekten des Verbrechens drehten sich bisher hauptsächlich um die Frage, welche Dinge als Objekte des Verbrechens überhaupt oder einzelner Verbrechen zu betrachten seien; um die prinzipiell wichtigere Frage, was denn eigentlich der Inhalt des Begriffes „Verbrechensobjekt“ sei, hat man sich dagegen weniger gekümmert. Wir können daher nur 2 Schriftsteller anführen, die bemerkenswerte Definitionen zur Lehre von den Verbrechensobjekten aufgestellt haben: Es sind dies **Liszt** und **Oppenheim**. — Nach **Liszt** ist Objekt beim Verbrechen, wenn man dieses als Handlung auffasse, *eine Person oder Sache, an welcher der Erfolg, die Veränderung, eintritt.* (Z. Bd. 8, S. 151.) Diese Definition ist jedenfalls zu eng. Unter sie würden z. B. gar nicht die Objekte des Diebstahls und der Unterschlagung fallen, von denen doch **Liszt** in seinem Lehrbuch S. 392 und 414 selbst behauptet, sie seien Gegenstände der betreffenden Delikte. Denn wo tritt beispielsweise, wenn ein Bedienter mir eine Banknote stiehlt, eine Veränderung an diesem Objekte ein? Ferner: Wenn jemand, dem ich meine Uhr zur Aufbewahrung gegeben

habe, einen Kaufvertrag über sie abschliesst (Unterschlagung) — tritt hier eine Veränderung an der betreffenden Uhr ein? Man nennt weiterhin — gleichfalls im Widerspruch mit der **Liszt's**chen Definition — bei den Versuchsdelikten Personen und Sachen, an denen keine Veränderung durch das Verbrechen verursacht wurde, Objekte des Verbrechens. So ist beispielsweise Objekt des Sachbeschädigungsversuches die betreffende Sache, die zu beschädigen beabsichtigt wurde.

Nun sind aber nicht nur Personen und Sachen nach **Liszt** Objekte des Verbrechens: Objekte des Verbrechens in seiner Eigenschaft als Rechtsverletzung sind noch *die Rechtsgüter, welche durch das Verbrechen verletzt oder gefährdet wurden*. Diesem Sprachgebrauch entspricht jedoch kein logisch bestimmter Begriff, da man nach der Auffassung von **Liszt** von einer Gefährdung oder Verletzung der Rechtsgüter nur in übertragenem, bildlichem Sinne sprechen könne. Eine Aufklärung darüber, welch' eigentlicher Sinn hinter diesem bildlichen Sprachgebrauche sich verbirgt, vermissen wir in den Ausführungen **Liszt's**.

§ 2.

Die Lehre von den Objekten des Verbrechens hat eine eingehende Bearbeitung gefunden in dem Buche **Oppenheims**: „*Die Objekte des Verbrechens*, 1894.“ Dieser Schriftsteller, dem das Verdienst zusteht, die Lehre von den Objekten von umfassenden Gesichtspunkten aus betrachtet und reichliches Material zur Beurteilung dieses Problems zusammengetragen zu haben, geht bei seinen Untersuchungen genau zu Werke. Er sucht vor allen Dingen den Inhalt des Begriffes „Objekt“ überhaupt festzustellen und kommt zu dem Ergebnis: *Objekt im logischen Sinne sei Alles und Jedes, was das menschliche Bewusstsein einer Betrachtung unterwirft resp. unterwerfen kann* (cf. S. 79 I und S. 77 III). Der Objektsbegriff setze den Subjektsbegriff voraus, beide bedingten sich gegenseitig. Sie entstünden im menschlichen Bewusstsein durch die unwillkürlich vorgenommene Unterscheidung der in der umgebenden Aussenwelt wahrgenommenen einzelnen Gegenstände von der eigenen Person, welche diese Wahrnehmung mache. Das Objekt sei überall als das dem Subjekt Entgegengesetzte gedacht. (S. 64 eod.)

Wir sind der Ansicht, dass **Oppenheim** den einen Begriff, auf den man durch den Gebrauch des Wortes „Objekt“ hin-

deuten will, richtig entwickelt hat. Man hat diesen Begriff dann im Sinne, wenn man von „Objekten“ schlechthin spricht. Man gebraucht in diesem Falle den Ausdruck „Objekt“ als Synonym des Wortes „Ding“. Daneben legen wir ihm auch eine engere Bedeutung bei und verstehen darunter lediglich *Dinge der Aussenwelt*. Auch diesen letzteren Begriff kennt Oppenheim. (S. 66 cfr. S. 64.) Diese Begriffe sind jedoch nach unserer Auffassung nicht diejenigen, welche man meint, wenn man von Objekten der Handlung, Objekten des Verbrechens spricht — allgemein gesprochen —, die man dann meint, wenn man den Ausdruck „Objekt“ in Verbindung mit einem Genitiv gebraucht. In diesem Zusammenhang beabsichtigt man nicht auf den Dingcharakter eines Objektes hinzuweisen, dem entsprechend denken wir dasselbe nicht als das dem Subjekt (i. e. Person) Entgegengesetzte; was man dabei unterscheidet, sind — soweit man nicht von Objekten des Bewusstseins, des Ichs selbst spricht — nicht ein Subjekt und ein diesem gegenüber gesetztes Ding, sondern 2 Dinge, von denen das eine dem anderen entgegengesetzt wird. Man vergegenwärtige sich nur die Richtigkeit dieser Behauptung, indem man einige dieser Genitivverbindungen selbst überdenke. Z. B. die Ausdrücke Objekt des Begriffes, Objekt des Rechts, der Wissenschaft, der Kunst. Aus diesen Wortzusammenstellungen springt der Gedanke entgegen, dass zwischen dem Ding, das Objekt genannt wird, und dem Ding, dessen Objekt es genannt wird, irgend eine Beziehung bestehe. Einem Subjekt, dem das betreffende Objekt entgegengesetzt würde, bleibt durchaus aus dem Spiel. Oppenheim scheint diesen Einwurf vorausgesehen zu haben; S. 79 spricht er davon, dass wir die wissenschaftlichen, künstlerischen, gewerblichen und andersartigen Bethätigungen einerseits und ihre Objekte anderseits unterscheiden und fährt fort: „Zu dieser Unterscheidung gelangen wir, indem wir mehr oder weniger unbewusst jene an und für sich ebenfalls unter den Objektsbegriff fallenden Bethätigungen ver-subjektivieren und ihnen als den Subjekten diejenigen Erscheinungen als Objekte gegenüberstellen, an welchen sie sich bethätigen.“ Mit anderen Worten: Die Bethätigungen werden als die eigentlichen Subjekte betrachtet, die sich bethätigen. Das Gekünstelte dieser Auffassung liegt auf der Hand.

Uebrigens wären, wenn im Begriffe „Objekt“, welcher in

diesen Wortverbindungen zum Ausdruck kommt, bereits die Beziehung auf das Bewusstsein läge, die in den so häufig gebrauchten Ausdrücken „Objekt des Bewusstseins, des Ichs“ vorkommenden Genitive „des Bewusstseins“, „des Ichs“ — weil tautologisch — gänzlich überflüssig. Unserer Auffassung entspricht endlich auch die Grundbedeutung des Wortes „Objekt“: Objekt ist abzuleiten von objicere entgegenwerfen, entgegenstellen und bedeutet das Entgegengeworfene, Entgegengesetzte. Die Frage „wem das Betreffende entgegengesetzt ist?“ wird also in der Grundbedeutung dieses Wortes gar nicht berührt.

Diese falsche Auffassung **Oppenheims** ist übrigens für seine weiteren Untersuchungen von grosser Bedeutung, indem er dadurch veranlasst wird, in seiner Definition des Handlungsobjektes (**Oppenheim** S. 141) nicht das Verhältnis der Handlung zum Objekt, sondern das des Subjekts (i. e. des handelnden Menschen) zum Objekte auseinanderzulegen.

§ 3.

Eigentümlich ist die Beantwortung der Frage, die **Oppenheim** in seinem Werke sich stellt, was Objekt einer Handlung sei? Er kommt zu dem Ergebnis, eine präzise Beantwortung derselben sei nur möglich, wenn gleichzeitig angegeben werde, von welchem Standpunkt der Betrachtung der Handlung aus die Antwort ergehen solle (S. 144). „Vom Standpunkt des Subjekts“ (i. e. des Thäters) aus betrachtet, sei *dasjenige Objekt im logischen Sinne Handlungs-Objekt, mit welchem das Subjekt durch die Handlung in einen selbstbezweckten Zusammenhang getreten sei* (S. 141).

Wir sind nicht im Stande zu sagen, was **Oppenheim** eigentlich unter diesem „Standpunkt des Subjekts“ verstanden wissen will, da wir hierüber Ausführungen dieses Schriftstellers gänzlich vermissen. Als einzig berechtigte Betrachtungsweise erscheint uns die, eine Handlung so zu betrachten, wie sie ist, durch geistige Vergegenwärtigung ihrer Merkmale. Wir verstehen wohl, was es beispielsweise heisst, „eine Handlung vom ästhetischen, vom moralischen Standpunkt beurteilen“, die Ausdrucksweise „eine Handlung vom Standpunkt des Subjektes i. e. des Thäters beurteilen“ dagegen ist doch nicht so selbst-

verständlich, dass man jeder Erklärung dieses jedenfalls bildlichen Ausdrucks sich entziehen könnte, um so mehr, als — wie wir später sehen werden — **Oppenheim** bei dieser Methode der Betrachtung zu dem eigentümlichen Ergebnis kommt, dass — je nach dem Standpunkt der Betrachtung — ein und dasselbe Ding einmal als Objekt einer Handlung und dann wieder nicht als Objekt derselben Handlung zu betrachten sei. Ausserdem fragt man erstaunt, ist denn die Betrachtungsweise der Subjekte i. e. der Thäter der Handlungen so objektiv und allgemeingültig, dass dieselbe wissenschaftlich massgebend sein könnte? Die Erfahrung lehrt gerade das Gegenteil. Wenn ein Subjekt — um drastisch zu sprechen — bei einem Einbruch in einen Keller einen Kartoffelsack für einen Menschen hält und seine Pistole auf ihn losdrückt, so wird kein vernünftiger Mensch darauf verfallen, seinen Begriff vom Menschen nach der Betrachtungsweise des Subjektes jener Handlung zu modifizieren. Auf alle diese Zweifel finden wir bei **Oppenheim** keine Antwort; wir gehen daher zur Kritik der von **Oppenheim** aufgestellten und oben erwähnten Definition des Begriffes „Handlungs-Objekt“ vom Standpunkt des Subjektes über.

Von geringerer Bedeutung ist der Umstand, dass der Unterschied zwischen „Handlungsobjekt“ und „Handlungsmittel“, auf welchen **Oppenheim** hinweist, nicht leicht aus der Definition zu erkennen ist. Er ist in derselben lediglich durch das Adjektiv „selbstbezweckt“ angedeutet. Nur dasjenige Objekt nämlich erscheine, wenn das Subjekt durch eine Handlung mit mehreren Objekten in Zusammenhang trete, als Handlungsobjekt, dessen Zusammenhang mit dem Subjekt der vom letzteren bezweckte sei (S. 89). Als Mittel dagegen erscheinen dem Subjekt diejenigen Objekte, mit welchen es sich durch die Handlung in Zusammenhang setze, um den bezweckten Zusammenhang mit dem Handlungs-Objekt herstellen zu können (S. 142). Zur Erläuterung mögen folgende Worte **Oppenheims** dienen: „Man denke z. B. an das Fällen eines Baumes vermittelt einer Axt. Hier stellt das Subjekt durch seine Handlung einen zweifachen Zusammenhang zwischen sich und Objecten seiner Umgebung her. Das eine Objekt — im gegebenen Beispiel der Baum — steht im Vordergrund des Interesses für das handelnde Objekt. Der Zusammenhang mit diesem Objekt ist der bezweckte, zu

dessen Herstellung das andere Objekt — im gegebenen Beispiel die Axt — verwendet wird. Auch mit diesem zweiten Objekt setzt sich das Subjekt durch seine Handlung in Zusammenhang, aber dieses geschieht nur, um dadurch den gewollten Zusammenhang mit dem ersten Objekt herstellen zu können. Beide Gegenstände — Axt und Baum — sind Objekte im logischen Sinn. Sind aber beide auch Objekte der Handlung? Nimmermehr! Unsere Sprache und Denken bezeichnen uns den einen Gegenstand — den Baum — als Objekt der Handlung, während sie in dem anderen — der Axt — ein Mittel der Handlung sieht.“ (S. 88.)

Dem gegenüber ist zu bemerken, dass der Begriff des Zweckes, welchen **Oppenheim** hier verwendet, nicht gebräuchlich ist. Er betrachtet nur dann einen Zusammenhang, in den sich ein Subjekt mit einem Objekt durch eine Handlung setzt, als bezweckt, wenn das betreffende Objekt für das handelnde Subjekt im Vordergrund des Interesses steht; demgemäss ist der Zusammenhang, in dem das Subjekt im obigen Beispiel mit der Axt, steht nach **Oppenheim** kein bezweckter. Dieser Zweckbegriff widerspricht jedoch als zu enge dem allgemeinen Sprachgebrauch, der unter Zweck jede „begehrte Wirkung“ (Volkmann, Lehrbuch der Psychologie II. S. 452) versteht. Dem Zweckbegriff **Oppenheims** würde vielleicht der Begriff „Endzweck“ entsprechen.

Der Definiton mangelt 2tens die Schärfe des Ausdrucks. Die darin enthaltene Redewendung „in Zusammenhang treten“ ist zwar eine häufig gebrauchte, aber niemand wird behaupten können, dass wir mit diesem bildlichen Ausdruck einen klaren, einheitlichen Sinn verbinden. Für diese Unklarheit bietet **Oppenheim** genugsam Beispiele. So betrachtet er S. 93 als Objekt der Handlung auch dasjenige, dessen Entstehung durch die betreffende Handlung verhindert wird. Als Beispiel führt er den Fall an, dass jemand die Begehung eines Verbrechens oder gottesdienstliche Verrichtungen — also Vorgänge — verhindert. Unsere Vernunft und Sprache bezeichneten mit Recht diese gar nicht existent gewordenen Vorgänge als die Objekte der betr. Handlungen, denn der Thäter nähme seine Handlung hier in Beziehung auf das Objekt vor, welches er in seinem Geiste als existent vor sich sehe, damit es nicht zur wirklichen Existenz gelange. Gegenüber derartigen Ausführungen fragt doch jeder unwillkürlich: Wie kann

denn durch die Handlung zwischen dem Subjekt derselben und einem Ding, das gar keine Existenz hat, ein „Zusammenhang“ — wie ihn die Definition verlangt — vermittelt werden? Jedenfalls hat auch **Oppenheim** den Widersinn, der darin läge, dass ein Zusammenhang zwischen einem Subjekt und einem Ding, das gar keine Existenz hat, durch eine Handlung vermittelt werden könnte, gleichfalls empfunden, denn an der betreffenden Stelle spricht er nicht davon, dass hier ein Zusammenhang zwischen dem Subjekt und diesem nicht existierenden Dinge hergestellt werde — was die Konsequenz seiner Definition wäre — sondern er sagt, diese in ihrer Entstehung verhinderten Objekte seien deshalb Objekte der Handlung, weil die betreffenden Subjekte ihre Handlung in Beziehung auf sie vornähmen. Damit giebt er jedoch seine Definition preis, denn es ist doch ein Unterschied, ob ich mit einem Objekt durch die Handlung in Zusammenhang trete oder ob ich eine Handlung in Beziehung auf ein Objekt vornehme.

Besonders jedoch ist **Oppenheims** Definition von folgendem Gesichtspunkt anfechtbar. Es gelingt ihm nämlich gar nicht, den von ihm behaupteten und auch in der Definition vorausgesetzten Zusammenhang, in den das Subjekt durch seine Handlung mit nicht körperlichen Objekten träte, verständlich zu machen. Wir erfahren in dieser Beziehung 1) negativ (S. 107 cf. 95), dass die Handlungen an solchen Objekten stets nur nichtkörperliche d. h. Handlungen, die ihr Objekt nicht körperlich beeinflussen, nicht körperlich berühren, sein könnten, und dass demgemäss auch der dadurch hergestellte Zusammenhang zwischen Subjekt und Objekt kein körperlicher sei, und 2) positiv, dass auch hier durch die Handlung eine Kette des Geschehens entstanden sei, welche Subjekt und Objekt mit einander verbinde, eine Kette des Geschehens — wie **Oppenheim** an anderen Stellen sich ausdrückt — welche sich vom handelnden Menschen zu Objekten seiner Umgebung schlingt und so beide Teile verbindet. Durch diese Charakterisierung könnte der Anschein erweckt werden, als müssten Wirkungen der Handlung die betreffenden Objekte ergreifen. **Oppenheim** lässt jedoch darüber, dass dies nicht der Fall ist, keine Unklarheit, so dass der eigentliche Sinn dieser bildlichen (cf. den Ausdruck „schlingen“) Redewendung wieder gänzlich im Dunkeln bleibt. — Ausserdem führt **Oppenheim** Beispiele an, die den fraglichen Zusammenhang zwischen nichtkörperlichen Objekten und dem

Subjekt einer Handlung verdeutlichen sollen. Dabei bezeichnet er die Aenderung einer bestehenden Verfassung als „eine Einwirkung“ auf dieses Objekt und vergleicht diesen Vorgang mit dem Abschlagen eines Stückes von einem Stein (S. 94, S. 108); er spricht ferner von der Gründung einer Sterbekasse, einer Versicherungsanstalt, charakterisiert diese Vorgänge als „Erzeugung“ neuer Objekte und vergleicht sie mit der Fabrikation von Tinte (S. 94). Aber es ist doch klar, dass hier von einer Erzeugung, Einwirkung nur im übertragenen Sinne gesprochen werden kann, da diese Objekte nur Gedankendinge sind, also ausserhalb unseres Denkens keine Existenz haben, und deshalb keiner Causalität zugänglich sind. Ueberhaupt stellt sich diesen Ausführungen der Zweifel entgegen: Wie kann denn ein Zusammenhang zwischen Subjekt und nichtkörperlichen Objekten durch eine Handlung hergestellt werden? Die Handlung ist doch ein Geschehen und äussert sich in Wirkungen; die nichtkörperlichen Objekte dagegen — von einzelnen Ausnahmen abgesehen — sind Wirkungen gar nicht zugänglich. Wie kann denn ein Mittel dort sich bethätigen, wo seine Wirkungen gar nicht hinreichen?

§ 4.

Bevor **Oppenheim** die Erörterung der Frage, was von anderen Standpunkten als von dem Standpunkt des Subjekts aus als Objekt der Handlung erscheint, beginnt, erläutert er zuvor den Begriff des räumlichen Objekts der Handlung. Darunter versteht er *dasjenige Objekt, zu welchem die Handlung in räumlicher Beziehung steht* (S. 118). Diese räumliche Beziehung bestehe darin, dass die Handlung als Bewegung von einem Punkte im Raum ihren Ausgang nehme, oder dass sie nach einem Punkte ihre Richtung nehme, oder dass sie an einem Punkte ende oder nur in einem Teile des Raumes statfinde. Diese Anfangs-, End- und Richtpunkte seien körperliche Dinge im Raum, mit denen das Subjekt durch seine Handlung in räumlicher Beziehung zu ihnen in einen gewissen Zusammenhang trete; er nennt sie daher räumliche Objekte. Als Beispiel diene folgendes: „Wenn ein Vater Wert darauf legt, seinen Sohn grade an dem Ort zu züchtigen, wo sein Sprössling die Aepfel vom Baum gestohlen hat, so ist es der betreffende Apfelbaum, zu welchem der Vater durch seine Züchtigungshandlung in Be-

ziehung tritt.“ (S. 116.) Hier ist dieser Apfelbaum das räumliche Objekt jener Züchtigungshandlung.

Man wird zugeben müssen, dass dieser Begriff verständlich und logisch haltbar ist, dass er auch für das Strafrecht von Wert ist. Wir verstehen nur nicht, wie **Oppenheim** dazu kommt, diesen Begriff als zur Lehre von den Objekten der Handlung resp. des Verbrechens gehörig zu betrachten. Wo hat man je den Apfelbaum, an welchem ein Vater seinen Sohn züchtigt, weil er Äpfel von diesem abgepflückt hat, oder — um andere von **Oppenheim** angeführte Beispiele zu erwähnen — wo hat man je den Garten, in dem jemand Schiessübungen vornimmt, oder das Dorf, von dem aus ein Bergsteiger einen Berg besteigt, Objekte der Handlung genannt?

Widerspruchsvoll dagegen erscheinen uns folgende Ausführungen **Oppenheims**, welche seiner Erörterung des räumlichen Objektes sich anschliessen. 1) S. 118 sagt er, es könne regelmässig nicht davon die Rede sein, in Objekten, zu welchen eine Handlung in räumlicher Beziehung stehe, Objekt oder Mittel der Handlung zu sehen, und begründet diese Behauptung folgendermassen (S. 117): „Wie ich schon mehrfach angeführt habe, stellt die Handlung eine Kette des Geschehens dar, welche sich von dem sie erzeugenden Subjekt zu den Mitteln und von da zu ihrem Objekt schlingt, so dass Mittel und Objekt in die Kette des Geschehens hineinfallen. *Die Handlung in räumlicher Beziehung zu einem Gegenstand stellt dagegen eine solche Verbindung zwischen dem Subjekt und diesem Gegenstand nicht her.* Durch die räumliche Beziehung kommt vielmehr nur zum Ausdruck, von welchem Punkt im Raum die Handlung als Bewegung ihren Ausgang, nach welchem Punkt sie ihre Richtung nimmt, an welchem Punkt sie endet oder in welchem Teil des Raums sie stattfindet. Dieser Anfangs-, End- und Richtungspunkt im Raum und diese Teile des Raums sind körperliche Dinge im Raum *und sicherlich setzt sich das Subjekt durch seine Handlung in räumlicher Beziehung zu ihnen in einen gewissen Zusammenhang mit ihnen.* Aber es fallen dadurch diese Dinge nicht in die Handlung als Kette des Geschehens hinein, welche vom Subjekt zu den Mitteln und von diesen zu den Objekten sich schlingt. Der Zusammenhang ist ein anderer als der zwischen dem Subjekt der Handlung einerseits und ihren Mitteln

und Objekten andererseits, so wichtig und bedeutungsvoll er in einzelnen Fällen für das Objekt sein mag.“ Dann heisst es S. 129 II: „Der Beschauer der Handlung kann absehen von der Handlung an und für sich *und lediglich den Zusammenhang ins Auge fassen, in welchen sich das Subjekt durch seine Handlung zum räumlichen Objekt derselben gesetzt hat. Thut er dies, so erscheint ihm jenes räumliche Objekt als das Objekt der Handlung.*“ Dazu wird in einer Anmerkung gesagt: „Wenn oben (§ 20 III S. 118) behauptet worden, dass regelmässig keine Rede davon sein könne, im räumlichen Objekt einer Handlung das Objekt derselben zu sehen, so stehen die Ausführungen im Text damit nicht im Widerspruch. Hier ist ja grade von einem Fall die Rede, wo der Beschauer nicht die Handlung als solche, sondern ihre Beziehung zum räumlichen Objekt derselben ins Auge fasst. Nur deswegen erscheint das räumliche Objekt als Objekt der Handlung.“

Aus den angeführten Schriftstellen erfahren wir also — um es kurz zusammenzufassen: a. dass die Handlung zwischen Subjekt und räumlichem Objekt keinen derartigen Zusammenhang herstelle, dass dieses als Objekt der Handlung erschiene, dass aber b. das Subjekt durch seine Handlung in räumlicher Beziehung zu ihm (dem räumlichen Objekt) in einen gewissen Zusammenhang sich setze und c. dass, wenn man den Zusammenhang ins Auge fasse, in welchen sich das Subjekt durch seine Handlung zum räumlichen Objekte setze, dieses als Objekt der Handlung erschiene. Mit andern Worten: Der Zusammenhang zwischen Subjekt und räumlichem Objekt, der an der einen Stelle des **Oppenheim'schen** Werkes nicht genügt, um diesem Objekte den Charakter des Objektes der Handlung zu geben, stempelt nach der Darstellung an einer anderen Stelle dieses Objekt zum Objekt der Handlung. Das ist doch ein augenscheinlicher Widerspruch.

2) Wie wir gesehen haben, spricht **Oppenheim** davon, dass das Subjekt durch seine Handlung „in räumlicher Beziehung“ zu dem räumlichen Objekt sich in einen gewissen Zusammenhang setze. Man vergegenwärtige sich an einigen Beispielen, welcher Widersinn in dieser Auffassung liegt! Wenn jemand in einem Garten Schiessübungen vornimmt, so setzt er sich nach **Oppenheims** Ansicht mit diesem Garten durch das Schiessen in

Zusammenhang. Jeder unbefangenen Denkende muss sich dagegen sagen, wenn irgend ein Zusammenhang zwischen dem Schiessenden und dem betreffenden Garten entsteht, so tritt derselbe nicht durch das Schiessen, sondern durch den Eintritt des Schützen in den Garten ein.

Oder wenn ein Bergsteiger einen Berg von einem Dorfe aus besteigt, so setzt er sich nach **Oppenheim** durch das Bergsteigen mit dem Dorf in Zusammenhang. Jeder andere nimmt an, dass der Zusammenhang zwischen Dorf und Bergsteiger sich dadurch löse.

§ 5.

Wir wollen weiter sehen, wie es mit der Behauptung **Oppenheims** steht, dass von anderen Standpunkten der Betrachtung der Handlung als vom Standpunkt des Subjekts aus andere Objekte als Handlungsobjekte erscheinen. Der Beschauer der Handlung könne — sagt **Oppenheim** — aus ihr als einer Kette des Geschehens, welche das Subjekt mit verschiedenen Objekten im logischen Sinne verbinde, ein Glied oder mehrere Glieder herausgreifen und als selbständige Handlungen beurteilen. Je nachdem er dies thue, erscheine ihm Verschiedenes als Objekt der Handlung. Diese Behauptung erläutert er durch Beispiele. Wir wählen folgendes heraus: „Ein Vater verbietet seinem Sohn das Berühren eines Messers. Trotzdem schneidet gelegentlich das Kind sein Brot mit jenem Messer, weil es die Stücke nicht abbeissen oder abbrechen mag. Für den Sohn ist Objekt der Handlung das Brot, das Messer ist ihm Mittel. Der Vater, der sein Verbot übertreten sieht und dem Sohn vorhält, dass dieser trotz des Verbotes jenes Messer berührt habe, greift aus der Handlung des Sohnes lediglich die Muskelbewegung heraus, durch welche der Sohn sich in Zusammenhang mit dem Messer gesetzt hat. Dass für den Sohn das Berühren des Messers nicht Selbstzweck war, kümmert den Vater nicht. Er sagt: Du hast das Messer berührt und Objekt Deiner Handlung ist mir das Messer.“

Vergegenwärtigen wir uns vor allen Dingen, was das für ein Standpunkt ist, von welchem hier der Beschauer die Handlung betrachtet. Er beurteilt nach **Oppenheims** Ausführung ein Glied oder mehrere Glieder und zwar als seien sie „selbständige“ Handlungen. Das heisst aber mit anderen Worten: Er beurteilt

nicht die betreffende Handlung, sondern einen Teil derselben und zwar unter der Fiktion, als sei er nicht Teil, sondern eine „selbständige“ Handlung. Daraus geht klar hervor, dass nicht der Standpunkt der Betrachtung ein anderer ist, sondern das Objekt derselben. Wenn daher **Oppenheim** zu dem Ergebnis kommt, ein gewisses Objekt sei Handlungsobjekt jener als „selbständige“ Handlungen betrachteten Teilhandlungen, so ist es doch sicherlich ein Fehlschluss, dieses — zudem auf Grund einer Fiktion gefundene — Handlungsobjekt zugleich auch als Handlungsobjekt der betreffenden ganzen Handlung zu betrachten. Was insbesondere das oben erwähnte Beispiel betrifft, so ist die Berührungshandlung gar nicht ein Teil, sondern nur die Voraussetzung jener Brotschneidehandlung. Dieselbe ist „die Muskelbewegung, durch welche der Sohn sich in Zusammenhang mit dem Messer gesetzt hat.“ Die Brotschneidehandlung dagegen beginnt erst mit dem Einschneiden in das Brot und setzt „den Zusammenhang“ des Kindes mit dem Messer bereits voraus. Im Übrigen vermischen wir an dieser Stelle eine prinzipielle Beantwortung der Frage, was denn von diesem „Standpunkt der Betrachtung der Handlung aus“ als Objekt der Handlung erscheint. Wir erfahren nur, dass von diesem Standpunkt aus andere Objekte als Objekte der Handlung erschienen, was wie etwas Selbstverständliches durch Beispiele erläutert wird.

§ 6.

Der Beschauer der Handlung könne — führt **Oppenheim** weiter aus — absehen von der Handlung an und für sich und lediglich den Zusammenhang ins Auge fassen, in welchen sich das Subjekt durch seine Handlung zum räumlichen Objekt derselben gesetzt habe. Thue er dies, so erscheine ihm jenes *räumliche Objekt* als Objekt der Handlung. Dies wird unter anderem durch folgendes Beispiel erläutert: „Wenn z. B. Jemand in meinem Garten gegen meinen Willen Schiessübungen vornimmt, so interessiert mich nur, dass in meinem Garten geschossen wird, und für mich ist daher Objekt der Handlung mein Garten. Für meinen Nachbar, auf dessen Tauben vielleicht der Thäter geschossen, sind die Tauben das Objekt; ihn interessiert es nicht, dass in meinem Garten geschossen wurde.“

Rätselhaft ist bei dieser Betrachtungsweise, wie man den Zusammenhang, in welchen sich das Subjekt durch seine Handlung zum räumlichen Objekt derselben gesetzt hat, ins Auge fassen und dabei gleichzeitig von der Handlung an und für sich absehen kann. Wenn ich mir — um beim obigen Beispiel zu bleiben — den „Zusammenhang“ des betreffenden Schiessens mit dem Garten vorstelle, so ist doch implicite darin die Betrachtung des Schiessens enthalten. Ebenso räthselhaft ist der Umstand, dass man von der Handlung absehen und dabei doch wieder behaupten kann, dies sei ein anderer Standpunkt der Betrachtung der Handlung. Auf den Widerspruch, der zwischen diesen und anderen Ausführungen **Oppenheims** liegt, haben wir bereits in § 4 hingewiesen. Schliesslich ist noch darauf hinzuweisen, dass es — abgesehen von dem Fall, dass die Handlung als Bewegung die Richtung auf das räumliche Objekt nimmt — sprachwidrig ist, dieses Objekt Objekt der Handlung zu nennen (vgl. § 4).

Ein anderer Standpunkt der Betrachtung sei folgender: Der Beschauer der Handlung könne absehen von dem durch die Handlung gewollten Zusammenhang mit Objekten und statt dessen einen Zusammenhang mit einem Objekt ins Auge fassen, der ohne den Willen des Thäters infolge seiner Handlung eingetreten ist, den der Thäter aber hätte voraussehen können. Achtlos werfe z. B. ein Mensch einen schweren Stein, den ihm ein Unbekannter in das Zimmer gebracht, auf die öffentliche Strasse. Unglücklicherweise treffe der Stein einen Vorübergehenden und verletze ihn schwer. Der Thäter sehe als Objekt seiner Handlung — solange er von dem Unglück nichts wisse — den Stein an, welchen er hinausgeworfen habe. Dass der Stein irgendwo im Raum niederfallen und so in Berührung mit einem anderen Objekt kommen würde, hätte der Thäter vielleicht gar nicht bedacht, und wenn er es gethan hätte, so habe er angenommen, der Stein werde keinen Schaden anrichten. Jetzt erfahre er, dass der Stein einen Vorübergehenden verletzt habe. Ihm selbst und dem Strafrichter erscheine nun der Verletzte als Objekt der Handlung und der Stein als Mittel.

An diesen Ausführungen wird man als richtig anerkennen müssen, dass unser Sprachgebrauch auch Objekte, von welchen der fahrlässige Thäter sich keine Vortellung machte, Objekte der fahrlässigen Handlung benennt. Wann dieses jedoch der

Fall ist, diese Frage wird auch hier nicht völlig klar beantwortet, denn der bloße Hinweis auf jenen schon oben § 3 als unklar und widerspruchsvoll gerügten „Zusammenhang“ zwischen dem Subjekt der Handlung und einem Objekt, der hier ohne den Willen des Thäters infolge seiner Handlung einträte, genügt nicht zur Verdeutlichung.

§ 7.

Der Beschauer der Handlung könne dieselbe endlich von verschiedenen speciellen oder generellen Gesichtspunkten aus betrachten.

1) Während die specielle Betrachtung den als besonderes Objekt im logischen Sinn erscheinenden *Teil eines körperlichen Ganzen* als Objekt der Handlung ansehe, sei für die generelle Betrachtung eben *dieses Ganze* das Objekt. Wenn beispielsweise der A dem C den Finger abschlage, so sei Objekt dieser Handlung vom speciellen Standpunkt aus betrachtet: der Finger des C, während vom generellen Standpunkt der Körper des C Objekt der Handlung wäre.

Hier scheint **Oppenheim** ganz vergessen zu haben, dass er einen allgemeinen Begriff des Handlungsobjekts nicht erläutert, sondern behauptet hat, die Frage, was Objekt einer Handlung sei, könne nur von bestimmten Standpunkten der Betrachtung der Handlung aus beantwortet werden. Wir wissen also vorerst noch gar nicht, wann überhaupt ein Objekt vom speciellen resp. generellen Standpunkt als Objekt der Handlung erscheint. Wenn wir freilich einmal wissen, dass der Teil eines bestimmten Ganzen als Objekt der Handlung erscheint, so bedarf es weiter keines besonderen Scharfsinns, um zu erkennen, dass dieses Prädikat auch diesem bestimmten Ganzen zukommt.

2) Während die specielle Betrachtung ein ganz bestimmtes Ding als Objekt der Handlung ansehe, erscheine für die generelle Betrachtung *diejenige Person* als Objekt, *mit welcher jenes bestimmte Ding — sei es Sache oder Person — durch ein Gewaltverhältnis verbunden sei*. Wenn z. B. A eine Sache des B beschädige oder ein Kind des B durchprügele, so seien die beschädigte Sache und das durchgeprügelte Kind die Objekte der Handlung, wenn die letztere vom speciellen Standpunkt aus ins Auge gefasst werde. Aber sowohl durch die Beschädigung seiner Sache als durch das Prügeln seines Kindes werde der B „ver-

letzt“. Deshalb erscheine, wenn man von dem generellen Standpunkt der „Verletzung“ des B aus beide Handlungen betrachte, eben dieser B als das Objekt.

Auch hier wird die Hauptfrage gar nicht erörtert, unter welchen Voraussetzungen denn der speciellen Betrachtung ein ganz bestimmtes Ding als Objekt einer Handlung erscheint. Zu welchen Absurditäten übrigens jene Betrachtungsweise vom generellen Standpunkt führen würde, mögen folgende Beispiele verdeutlichen. Wenn A eine Sache, deren Besitzer und Eigentümer er ist, beschädigt, so wäre er vom generellen Standpunkt Objekt seiner eigenen Handlung, da er diejenige Person ist, mit welcher jenes bestimmte Ding (die Sache) durch ein Gewaltverhältnis verbunden ist. Ebenso wären, wenn ein Barbier einem gemeinen Soldaten die Haare schneidet, alle Vorgesetzten dieses letzteren bis zum Kaiser hinauf — vom generellen Standpunkte aus — Objekte dieser Handlung. Wenn ein junger Mann ein Mädchen küsst, so wäre vom generellen Standpunkt Objekt der Handlung die Grossmutter dieses Mädchens, welche zugleich ihre Vormünderin ist. Offenbar ist diese Betrachtungsweise vom speciellen und generellen Standpunkt aus zu dem Zweck aufgestellt, um gewisse vom Strafgesetzbuch als „Verletzte“ bezeichnete Personen Objekte der Handlung nennen zu können.

3) Während die specielle Betrachtung *ein ganz bestimmtes Ding* als Objekt der Handlung ansehe, sei für die generelle Betrachtung *ein Zustand oder eine Beziehung, wie ein Recht, ein Interesse u. s. w.*, das Objekt, für welche das erstgenannte ganz bestimmte Ding als Durchgangsobjekt erscheine. Dass dies so sein müsse und nicht anders sein könne, ergebe sich aus den im § 19 IV S. 102 ff. seines Werkes gegebenen Ausführungen, denen gemäss zwischen einem Subjekt einerseits und Beziehungen und Zuständen andererseits durch die Handlung ein Zusammenhang regelmässig nur so hergestellt werden könne, dass das Subjekt an den sog. Durchgangsobjekten jener Beziehungen und Zustände Handlungen vornähme.

Man möge folgendes Beispiel ins Auge fassen: A erschiesst den B, giebt dem C ein Brechmittel ein, sperrt den D ein und eignet sich eine Sache des E an. Hier seien die Handlungen des A schon speciell definiert, und von diesem speciellen Standpunkt aus betrachtet erschienen als die Objecte derselben: Der B, C, D, die Sache des E. Stelle man sich aber auf den gene-

rellen Standpunkt, so erschienen als die Objekte der Handlungen des A: Das Leben des B, die Gesundheit des C, die Freiheit des D, das Eigentum des E.

Wir können auch über diese Betrachtungsweise kurz hinweggehen, denn auch hier ist die prinzipielle Frage, wann ganz bestimmte Dinge vom speciellen Standpunkt, wann Beziehungen oder Zustände vom generellen Standpunkt als Objekte von Handlungen erscheinen, gar nicht erörtert.

§ 8.

In seiner Untersuchung der Frage, was Objekt des Verbrechens sei, kommt **Oppenheim** zur Aufstellung der Begriffe *des Definitionsobjektes, des Schutzobjektes, des Handlungsobjektes*. Diese Begriffe nach **Oppenheims** Ausführungen auseinanderzusetzen und auf ihre Haltbarkeit zu prüfen, ist die Aufgabe dieses und der nächstfolgenden Paragraphen.

Das *Definitionsobjekt sei dasjenige Objekt, welches nach der mit den Worten des Gesetzes ausgesprochenen Definition als Objekt der Handlung erscheine* (S. 148). So sei beispielsweise bei der Sachbeschädigung die betreffende körperliche Sache und nicht etwa das Eigentum an derselben Definitionsobjekt (S. 177). Der Standpunkt, von dem aus **Oppenheim** zur Aufstellung dieses Begriffes kommt, ist der „einer Betrachtung der verbrecherischen Handlung von dem Boden ihrer gesetzlichen Definition aus“ (S. 148). Was die praktische Bedeutung dieses Begriffes anlangt, so ist dieselbe nach den Worten **Oppenheims** in Folgendem zu erblicken: „Der das Gesetz zur Anwendung bringende Richter und der den gesetzlichen Thatbestand zergliedernde Gelehrte haben von diesem Gesichtspunkt aus zuerst die Verbrechenshandlung ins Auge zu fassen. Nur dann soll ein Strafgesetz seine Anwendung finden, wenn sein abstrakter Thatbestand in dem Thatbestand einer begangenen Handlung konkret vorliegt.“ (S. 148 cf. S. 176.)

Diese Auseinandersetzung ist nicht ganz verständlich. Was hat man vor allen Dingen unter jenem Gesichtspunkt „einer Betrachtung der verbrecherischen Handlung von dem Boden ihrer gesetzlichen Definition aus“ sich vorzustellen? Wir können bei positivrechtlichen Untersuchungen einen andern Standpunkt der Betrachtung der verbrecherischen Handlung uns gar nicht denken, denn da die Kenntnis aller juristisch relevanten Merk-

male des Verbrechens durch die Interpretation des auf es bezüglichen Gesetzestextes i. e. der gesetzlichen Definition vermittelt wird, so stehe ich sicherlich auf dem Boden der gesetzlichen Definition, wenn ich mir eine Verbrechenshandlung nach ihren Merkmalen, die ihr auf Grund einer gesetzlichen Interpretation zukommen, geistig vergegenwärtige. Dies ist aber der Standpunkt jeder positivrechtlichen Untersuchung, die sich auf die Natur des Verbrechens bezieht. Doch weiter! Ein Objekt ist also nach **Oppenheims** Auffassung nur dann Definitionsobjekt, wenn es nach der mit den Worten des Gesetzes ausgesprochenen Definition als Objekt der Handlung erscheint. Es scheint, als habe **Oppenheim** damit ausdrücken wollen, dass ein Objekt der Handlung dann Definitionsobjekt sei, wenn es wirklich durch die ihm zukommende Sachbezeichnung in der Definition (i. e. Gesetzestext) zum Ausdruck kommt. Dafür spricht der Umstand, dass **Oppenheim** nur solche Beispiele zur Verdeutlichung diesss Begriffes wählt, bei denen dies der Fall ist. In diesem Sinne wäre nun allerdings die Unterscheidung zwischen Definitions- und anderen Objekten aufrecht zu erhalten. Eine besondere Wichtigkeit können wir derselben jedoch nicht beilegen, da sie eine bloß äusserliche von der Willkür des Gesetzgebers abhängige ist. So ist beispielsweise die Thatsache, dass das Eigentumsrecht Objekt bei der Sachbeschädigung ist, von nicht geringerer Bedeutung für den Richter sowohl wie für den Gelehrten, als die andere, dass eine körperliche Sache (das Definitionsobjekt) Objekt derselben ist.

§ 9.

Schutzobjekt sei dasjenige Objekt (ein Zustand, Gefühl, Recht, eine Pflicht), welches durch das einzelne Verbrechen angegriffen werde. (S. 194.)

In dieser Definition ist vor Allem auffallend, dass nach ihr nur Zustände, Gefühle, Rechte und Pflichten Schutzobjekte sein könnten. Dies ist aus dem Grunde auffallend, weil **Oppenheim** an verschiedenen Stellen auch körperliche Gegenstände und Personen benennt, von denen er behauptet, dass sie durch Verbrechenshandlungen „angegriffen“ würden. Dies geschieht auf S. 177 in Beziehung auf das Delikt der Tötung, der Körperverletzung, der Sachbeschädigung und auf S. 178 hinsichtlich

des Diebstahls, des Kinderraubs (S. 235), der Entführung wider Willen (S. 236), der gewaltsamen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Frauenspersonen (S. 176 § 1). Weshalb also diese unmotivierte Einschränkung des Begriffes Schutzobjekt auf Zustände, Gefühle etc., wenn es ausserdem noch andere Objekte giebt, die nach der Auffassung **Oppenheims** in demselben Verhältnis zu Verbrechenshandlungen stehen wie jene?

Die Definition ist ausserdem zu unbestimmt. Was heisst „angreifen“? Wir finden über diesen mehrdeutigen Begriff keine besondere Auseinandersetzung bei **Oppenheim**. Weiter unten jedoch im Paragraphen 29, in welchem **Oppenheim** vom „Verhältnis der Verbrechen zu ihren Schutzobjekten“ spricht, erfahren wir, dass der Angriff auf die Schutzobjekte entweder in einer Verletzung oder in einer Gefährdung bestehe. Der Begriff „Verletzung“, wie ihn **Oppenheim** auffasst, ist jedoch vieldeutig. Ganz unbefangen sagt er darüber S. 202: „Aber diese Verletzung (der Schutzobjekte nämlich) stellt gemäss der mehrfachen Bedeutung des Wortes eine sehr verschiedene Einwirkung auf die Schutzobjekte dar. Ein Objekt „verletzen“ heisst nicht blos, es zerstören oder in seinem Wert mindern, der Sprachgebrauch ergiebt vielmehr, dass „Verletzen“ ebenso wie Schädigen und Zerstören, auch abhaltend, hindernd, hemmend, störend gegen ein Objekt Eingreifen heisst.“ Ebenso vieldeutig muss natürlich auch der Begriff der Gefährdung (im Sinne **Oppenheims**) sein, da derselbe auf dem Begriffe der Verletzung beruht. Dadurch erhellt, dass eine Definition, die in letzter Linie auf diese Begriffe sich stützt, ihren Zweck verfehlt, da es ihr nicht gelingt, den einheitlichen Sinn aufzuzeigen, der jedem logischrichtigen Begriffe zu Grunde liegen muss. Dazu kommt nun noch, dass **Oppenheim** diese seine Definition des Schutzobjektes an wesentlichen Punkten seiner Lehre verleugnet. S. 204 sagt er, dass bei den zu Verbrechen erhobenen Vorbereitungs-Handlungen ein gegen das Schutzobjekt begangener Angriff nicht vorliege. Trotzdem weist er dieser Verbrechenstategorie Schutzobjekte zu, während nach seiner Definition Objekte ihren Schutzobjektscharakter erst durch den auf sie begangenen Angriff erhalten. An dieser Stelle versteht offenbar **Oppenheim** unter Schutzobjekt dasjenige Objekt, welches der Gesetzgeber durch Aufstellung von Geboten und Verboten vor Verletzung zu schützen sucht. S. 212 führt er aus, es könne,

da eine Unterlassung keine Handlung, keine Willensverwirklichung durch Muskelbewegung sei, in keinerlei Weise von einem Objekt der Unterlassung, einem Objekt, an welchem die Unterlassung vorgenommen werde, die Rede sein. Unterlassungsverbrechen seien also objektlose Verbrechen. Aber derjenige, welcher sich ein Unterlassungsverbrechen zu Schulden kommen lasse, hätte eben eine bestimmte Handlung vornehmen sollen. Diese unterlassene Handlung hätte selbstverständlich ein Objekt gehabt und je nach dem Standpunkt, von dem aus sie betrachtet werde, wären verschiedene Objekte im logischen Sinn als ihr Objekt anzusehen. Bei den gebotenen aber unterlassenen Handlungen sei nun ebenfalls das Handlungsobjekt zu scheiden von demjenigen Objekt, in dessen Interesse sie hätten angenommen (vorgenommen?) werden sollen; doch dieses letztere Objekt dürfe man als Schutzobjekt bezeichnen. Hier ist also Schutzobjekt dasjenige Objekt, in dessen Interesse eine Handlung hätte „angenommen“ (vorgenommen?) werden müssen und es ist die betreffende Handlung, auf welche das Schutzobjekt sich bezieht, grade das Gegenteil von einem „Angriff“. Jedenfalls wird man derartige Objekte doch nicht als Objekte von Verbrechen betrachten können, da sie zu Handlungen in Beziehung gesetzt werden, die gar keine Verbrechen sind.

§. 10.

Verbrechensobjekt nennt weiterhin **Oppenheim** *dasjenige Objekt, an welchem das Verbrechen begangen bzw. welches durch das Verbrechen erzeugt werden muss, damit der das Verbrechen charakterisierende Angriff auf ein Schutzobjekt vorliegt.* (S. 194.)

Unklar bleibt bei dieser Definition, wie geartet die Beziehung der Handlung zum Verbrechensobjekt sein muss, um dieses von anderen Objekten des Verbrechens unterscheiden zu können. **Oppenheim** sagt, das Verbrechen müsse „**an**“ dem betreffenden Objekt begangen werden; diese Ausdrucksweise verschafft uns aber keine Klarheit, besonders, wenn auch Gedanken-
dinge wie Titel und Würden von **Oppenheim** als Verbrechensobjekte betrachtet werden. Wir wollen ein Beispiel anführen, um zu zeigen, wie von **Oppenheim** Objekten der Charakter von Verbrechensobjekten beigelegt wird, die mit einander verglichen in ihren Beziehungen zu den ihnen entsprechenden Verbrechens-

handlungen ganz disparat sind. Wenn jemand ohne polizeiliche Genehmigung an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten z. B. auf einem Hof schiesst, wenn jemand einen Menschen ermordet, so sind nach **Oppenheim** Objekte dieser Verbrechen jener Hof und dieser Mensch. In diesem letzteren Falle nun besteht die Beziehung zwischen Objekt und Handlung darin, dass Wirkungen der Handlung den menschlichen Körper ergreifen, im ersten Falle dagegen darin, dass sie im Hofe vorgenommen wird. Hier ist also diese Beziehung eine örtliche, dort eine kausale. Trotzdem also die Beziehungen dieser Objekte keine gemeinsamen Merkmale aufweisen und man — was den ersteren Fall anlangt — nicht einmal sprachlich richtig davon sprechen kann, dass „an“ dem Hof die betreffende Handlung, das Schiessen, begangen werde, will **Oppenheim** diesen Objekten ihren Platz unter den Verbrechensobjekten im Sinne der Definition einräumen.

§. 11.

Vom Begriff des *Handlungsobjektes* giebt **Oppenheim** keine besondere Definition, bemerkt aber Folgendes über ihn: Die Untersuchung der einzelnen Verbrechen zeige, dass die Schutzobjekte stets entweder Zustände oder Gefühle oder Rechte oder Pflichten seien. Zu solchen Objekten könne aber gemäss früherer Ausführungen (vgl. § 19 IV. S. 102 ff. seines Werkes) ein Subjekt durch Handlungen nur dadurch in Zusammenhang treten, also auch nur dadurch sie angreifen, dass es die Handlung an anderen Objekten vornehme, welche gewissermassen als die Durchgangs-Objekte für jene ersteren dienen. Diese Objekte nenne er zur Unterscheidung von den anderen schon hervorgehobenen Objekten des Verbrechens die Handlungsobjekte. Sie erschienen zumeist in den gesetzlichen Definitionen als die Definitions-Objekte. So werde z. B. der Mord als die vorsätzliche und mit Ueberlegung ausgeführte Tötung eines Menschen, die Sachbeschädigung als die Beschädigung einer fremden Sache definiert. (S. 153/54.) Das Handlungsobjekt sei regelmässig auch das Verbrechensobjekt (S. 156 cf. S. 194). Diese Regel werde jedoch durch die Fälle unterbrochen, in denen nicht das Handlungsobjekt, sondern das räumliche Objekt der Verbrechenhandlung Verbrechensobjekt sei. Dies sei der Fall bei Ver-

brechen, deren Wesen darin bestehe, dass ihre Handlung an und für sich gar keinen Angriff auf das Schutzobjekt enthalte, wegen dessen das Verbrechen unter Strafe stehe, wo vielmehr grade in der Beziehung der Handlung zu bestimmten räumlichen Objekten jener Angriff enthalten sei. Da in solchen Fällen, welche sehr zahlreich seien, das räumliche Objekt für das Gesetz im Vordergrund des Interesses stehe und die Beziehung der Handlung zu ihrem räumlichen Objekt den Angriff auf das Schutzobjekt enthalte, so sei hier das räumliche Objekt der Handlung gradezu als das Verbrechensobjekt anzusehen. (S. 237/38.)

Nach diesen Ausführungen scheint der Unterschied zwischen den Begriffen des Handlungs- und des Verbrechensobjektes darin zu liegen, dass bei den Verbrechensobjekten der fragliche Angriff auf die Schutzobjekte — um mit den Worten **Oppenheims** zu sprechen — „in den Beziehungen“ dieser Verbrechensobjekte zu der Verbrechenshandlung „enthalten“ sein müsse, während dies für die Handlungsobjekte kein wesentliches Erfordernis sei. Fraglich erscheint jedoch auch hier wieder, was mit diesen Worten ausgesagt werden soll. Ein Angriff ist doch eine Handlung und nicht Bestandteil der Beziehung einer Handlung zu einem Objekt. Auch das Beispiel, das **Oppenheim** zur Beleuchtung der Fälle, in denen ausnahmsweise nicht die Handlungsobjekte, sondern die räumlichen Objekte Verbrechensobjekte seien, anführt, vermag uns über diesen Punkt nicht die nötige Klarheit zu verschaffen. Er sagt an der betreffenden Stelle: Typisch sei für diese Fälle das Verbrechen des § 366 Nr. 9, welcher das Aufstellen und Hinlegen — das Liegenlassen — von solchen Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Strassen, Plätzen oder Wasserstrassen bedrohe, durch welche der freie Verkehr gehindert werde. Die Handlung an und für sich, das Aufstellen oder Hinlegen von Gegenständen sei eine ganz irrelevante. Erst dadurch, dass die Handlung auf öffentlichen Wegen, Strassen u. s. w. vorgenommen werde, entstehe der Angriff auf das Schutzobjekt. An dem räumlichen Objekt müsse hier die Handlung vorgenommen werden, wenn der in dem Verbrechen enthaltene Angriff auf das Schutzobjekt vorliegen solle. Damit seien Objekte des Verbrechens des § 366 Nr. 9 ein öffentlicher Weg bzw. die andern dort genannten

Örtlichkeiten. Dagegen ist zu bemerken, dass bei Beurteilung der Frage, ob die betreffenden Gegenstände oder die öffentlichen Wege Verbrechenobjekte des Delikts des § 366 Nr. 9 seien, nicht die Handlung an und für sich, sondern die konkrete Verbrechenshandlung, das Aufstellen und Hinlegen von Gegenständen auf öffentlichen Wegen etc. in Betracht kommt. Für den Angriff auf den freien Verkehr, der in dieser Handlung steckt, ist nun aber die Beziehung der Handlung zu den betreffenden Gegenständen ebenso relevant wie die Beziehung der Handlung zu den räumlichen Objekten, denn, wenn eine derselben fehlen würde, so wäre eben der konkrete Angriff nicht vorhanden. Aus diesen Gründen ist es uns daher nicht möglich einzusehen, inwiefern ein Unterschied zwischen den Begriffen „Handlungsobjekt“ und „Verbrechenobjekt“ bestehen könnte.

II. Über die Möglichkeit resp. Unmöglichkeit der Definition eines Begriffes „Handlungs- resp. Verbrechenobjekt“.

§ 12.

Aus der in den Wortformen „Handlungsobjekt“ resp. „Verbrechenobjekt“ enthaltenen sprachlichen Verbindung der Begriffe „Objekt“ und „Handlung“ resp. „Verbrechen“ ergibt sich, dass eine bestimmte Beziehung zwischen dem Objekt, das Handlungsobjekt resp. Verbrechenobjekt im konkreten Fall genannt wird, und einer Handlung resp. einem Verbrechen bestehen muss, denn andernfalls wäre die sprachliche und dem entsprechend gedankliche Verknüpfung beider Begriffe nicht erklärlich. Die Möglichkeit eines allgemeinen Begriffes des „Handlungs-“ resp. „Verbrechenobjektes“ wäre nun gegeben, wenn alle diese Beziehungen, die ein Objekt zu einem Handlungs- resp. Verbrechen-Objekte stempeln, gemeinsame Merkmale aufwiesen, auf Grund deren jede einzelne mit allen übrigen unter einen und denselben Gattungsbegriff sich subsumieren liessen. Diese allen einzelnen Handlungs- resp. Verbrechen-Objekten gemeinsame Beziehung zu Handlungen resp. Verbrechen wäre die *differentia specifica*, durch welche sie sich von den übrigen Objekten unterscheiden. Lässt sich nun thatsächlich eine solche allen einzelnen Handlungs- resp. Verbrechen-Objekten gemeinsame Beziehung zu Handlungen resp. Verbrechen finden?

Von vornherein wird einleuchten, dass nicht jedes Ding, das in einer Beziehung zu einer Handlung resp. einem Verbrechen steht, Handlungs- resp. Verbrechens-Objekt ist. Wir haben schon in einem vorhergehenden Paragraphen ein Beispiel angeführt, welches diesen Satz beweist: Wenn Jemand in einem Garten nach Tauben schießt, so steht diese Handlung sicherlich in einer Beziehung zum Garten, insofern sie in ihm stattfindet; dennoch würde sich unser Sprachgefühl dagegen wehren, den Garten das Objekt des Schiessens zu nennen. Man könnte weiterhin der Ansicht sein, die betreffende Beziehung bestände darin, dass Wirkungen der Handlung das Handlungs- resp. Verbrechenobjekt ergreifen; wir wollen diese Beziehung Causalbeziehung nennen. Dieser Ansicht widersprechen jedoch 1) die Fälle, dass wir ein Ding auch dann Handlungs- resp. Verbrechenobjekt nennen, wenn das Verhältnis der Causalbeziehung noch nicht besteht, aber zu befürchten ist (vgl. die Ausdrücke „Objekte des Angriffs“, „Objekte der Gefährdung“). 2) Wir sprechen auch von abstrakten Dingen (d. h. Dingen, die in der Aussenwelt nicht existieren, deren Existenz lediglich von unserem Denken fingiert wird) als von Objekten der Handlung etc., obwohl dieselben von Wirkungen einer Handlung gar nicht ergriffen werden können. Zum Beispiel von Rechten als Objekten einer Handlung, eines Verbrechens (vergl. unten § 14). Dieser Ansicht widersprechen 3) die Fälle, wo wir körperliche Dinge Handlungs- resp. Verbrechens-Objekte nennen, wenn weder das Verhältnis der Causalbeziehung besteht, noch auch zu befürchten ist. So nennen wir beispielsweise, wenn wir einen Gegenstand betrachten, denselben Objekt der Wahrnehmung, obwohl hier die Handlung darin besteht, dass man die Sinnesorgane den Lichtstrahlen, die von dem betreffenden körperlichen Ding ausgehen, darbietet.

Jedenfalls giebt es aber Handlungs- resp. Verbrechen-Objekte, bei denen die Beziehung zwischen Handlung und Objekt darin besteht, dass Wirkungen der Handlung das Handlungs-Objekt ergreifen, z. B. das Objekt der Sachbeschädigung. Diese Beziehung ist nun aber so einzigartig und mit anderen Beziehungen so unvergleichbar, dass es keinen anderen Gattungsbegriff giebt, unter welchen sie sich logisch eingliedern lasse, als den der „Beziehung“ überhaupt. Eine Definition des Begriffes „Handlungs-“ resp.

„Verbrechensobjekt“, unter den sich diese Fälle subsumieren liessen, müsste also entweder mit der Beziehung überhaupt oder der Causalbeziehung als der *differentia specifica* der Handlungs- resp. Verbrechensobjekte von anderen Objekten operieren. Da es nun aber nach unseren obigen Ausführungen Objekte giebt, die mit Handlungen resp. Verbrechen in Beziehungen stehen, ohne Handlungs- resp. Verbrechens-Objekte zu sein, so folgt daraus, dass im ersten Falle der betreffende Begriff Handlungs- resp. Verbrechensobjekt zu weit wäre. Im zweiten Falle wäre der entsprechende Begriff zu enge, da — wie wir gleichfalls oben nachwiesen — es auch Handlungs- resp. Verbrechensobjekte giebt, die in anderen als Causalbeziehungen zu ihren Handlungen resp. Verbrechen stehen. Aus allen diesen Prämissen folgt nun aber endlich, dass es unmöglich ist, einen Begriff zu konstruieren, unter den sich alle einzelnen Fälle des Handlungs- resp. Verbrechens-Objektes begreifen liessen und dass wir daher mit diesen Ausdrücken keinen einheitlichen Sinn verbinden.

Aus diesen Gründen halten wir die Aufstellung eines Begriffes „Verbrechensobjekt“ für verfehlt.



ZWEITER ABSCHNITT.

Die wichtigsten Verbrechenobjekte.

Vorbemerkung: Nachdem wir im vorigen Abschnitt gezeigt haben, dass es keinen allgemeinen Begriff des Verbrechenobjektes geben kann, dass also die Frage, was Objekt des Verbrechens sei, nicht allgemein beantwortet werden kann, gehen wir in diesem Abschnitt zur Betrachtung der Frage über, was im einzelnen Falle als Verbrechenobjekt nach dem Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur erscheint. Wir werden dabei nur die hauptsächlichsten Verbrechenobjekte in den Kreis unserer Betrachtung ziehen.

§ 13.

Als gemeinsames Objekt aller Verbrechen erscheint nach dem Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur die *Rechtsordnung*, das *objektive Recht*. Diese Ansicht ist jedoch nicht unbestritten. Als ein Gegner dieser Auffassung tritt Kessler in seinem Aufsatz über Rechtsgut, rechtlich geschütztes Interesse oder subjektives Recht (G. S. Bd. 39) auf. Von dem Gedanken ausgehend, dass das Objekt des Verbrechens und das Objekt des Strafschutzes ein- und dasselbe sei, begründet er seinen Angriff folgendermassen: Das objektive Recht, die Normen mit dem Anhang der Strafdrohungen, bezöge sich auf irgend etwas ausser ihm Gelegenes, als auf den Gegenstand des Schutzes;

man gerate in einen widersinnigen Cirkel, wenn man das Objekt als Gegenstand seines eigenen Schutzes betrachte. Darauf entgegnet **Finger** (G. S. Bd. 40 S. 144) sehr richtig, es enthalte a priori nichts Widersprechendes, einem Theil des objektiven Rechts die Aufgabe des Schutzes der anderen Teile zuzuweisen. Beizupflichten ist auch **Merkel** (S. 18 seines Lehrbuchs), wenn er sagt: So lange der Begriff des Selbstschutzes nicht als ein sinnloser erwiesen sei, könne die Meinung, Angriffsobjekt des Verbrechens könne das Recht nicht sein, weil es durch die Bekämpfung sich selbst verteidige, auf sich beruhen. **Merkel** geht an derselben Stelle seines Lehrbuchs auf unsere Frage noch weiter ein (S. 19). Er sagt: Das objektive Recht im Sinne eines Inbegriffs von Normen könne allerdings nicht Objekt des Verbrechens sein, da Gedankensysteme nicht verletzt werden könnten; anders verhielte es sich mit dem von ihm aufgestellten Begriff des Rechts als einer Organisation sozialer Kräfte, einer Macht, die ihrer Natur nach einer Mehrung und Minderung, Gefährdung oder Sicherung zugänglich sei. Wenn wir hier sehen, wie **Merkel** es zu vermeiden sucht, nur im übertragenen Sinne von der Verletzung des objektiven Rechtes zu sprechen — man vergleiche die Worte „da Gedankensysteme nicht verletzt werden können“ — und folgenden Ausspruch **Merkels** (S. 12) ins Auge fassen: Die Normübertretung stelle die Autorität des Staatswillens und seiner Rechtsvorschriften sowie die Bedingungen seiner Wirksamkeit in Frage — so vermeinen wir **Merkel** nicht misszuverstehen, wenn wir annehmen, er verlange eine wirkliche kausale Beziehung zwischen dem verbrecherischen Angriffe und dem objektiven Rechte, dieser Macht und zwar die einer Gefährdung, einer Infragestellung der Bedingungen ihrer Wirksamkeit. Ist **Merkel** wirklich dieser Ansicht, dann brauchen wir seine eigentümliche Begriffsbestimmung des Rechts gar nicht anzugreifen, um zu erkennen, dass das Recht in diesem Sinne nicht Objekt des verbrecherischen Angriffs sein könne, weil es doch wohl eine Uebertreibung ist, zu sagen, die Normübertretung stelle die Bedingungen der Wirksamkeit des Staatswillens in Frage. Dies kann man doch nur von den schwersten Verbrechen — etwa von gewissen hochverrätherischen Unternehmungen — sagen. Jedenfalls lässt sich aber diese von **Merkel** behauptete Eigenschaft des Verbrechens aus

dem positiven Strafrecht nicht ableiten und unterliegt dieselbe einer strafrechtlichen Betrachtung schon aus diesem Grunde nicht. Was das Strafgesetz in dieser Beziehung als äussersten Gesetzesinhalt noch mitteilt, ist die Erkenntnis, dass das Verbrechen Ge- oder Verboten des Gesetzgebers zuwiderläuft. Auf diese Thatsache in durchgreifender, systematischer Weise aufmerksam gemacht zu haben, ist bekanntlich das Verdienst Bindings.

Wir folgen der überwiegenden Ansicht und fassen die Rechtsordnung als ein System von Rechtssätzen auf — seien dies nun Gebote und Verbote oder ausserdem noch gewährende Rechtssätze. Diese Gebote und Verbote spricht nun das objektive Recht dort aus, wo es gegen eine Handlung oder Unterlassung mit Zwangsmitteln einzuschreiten droht, oder auch dort, wo es eine Verpflichtung zum Handeln oder Unterlassen lediglich formell durch Wortausdruck begründet — man denke z. B. an die Regentenpflichten. Jedenfalls ist nun jede verbrecherische Handlung normwidrig. Ist sie in keinem anderen Rechtsgebiete als dem des Strafrechts verboten, so verstösst sie gegen die Rechtsordnung, weil sie mit Strafe bedroht ist, denn begrifflich hat die Fassung: „wer dies oder jenes thut oder unterlässt, wird bestraft,“ keinen anderen Inhalt als die andere Form: „ich gebiete oder verbiete dieses oder jenes bei Strafe“. Demnach würde die Beziehung zwischen Verbrechen und Rechtsordnung als deren Objekt darin bestehen, dass die Verbrechenshandlung mit einem Ge- oder Verbot des objektiven Rechtes in Widerspruch steht.

Viele verstehen unter Rechtsordnung den rechtlich geordneten Zustand der Dinge. Von dieser Auffassung geht auch **Oppenheim** in seinem obengenannten Werke aus. Dieser Zustand bestehe, wenn Alles in der Aussenwelt so verbleibe und geschehe, wie das Recht es verlange. Wer etwas thue, was gegen die Verbote des Rechts laufe, lehne sich gegen diese rechtliche Ordnung auf, verletze sie, und so erscheine auch diese als Objekt bei jedem Verbrechen. (S. 184 cf. S. 151.) Aber in welchem Staate der Welt — fragen wir — besteht denn ein derartiger Zustand, in welchem alle menschlichen Lebensverhältnisse so geordnet wären, wie das Gesetz es verlangt? Ein derartiger Zustand existiert nicht; daher kann er auch nicht Objekt

des Verbrechens sein. Zur Beleuchtung diene folgendes Beispiel: Wer bei Jemanden einbricht und eine Sache stiehlt, welche der Besitzer selbst gestohlen hat, der greift sicherlich nicht in Zustände ein, die rechtlich geordnet wären. Dass **Oppenheim** in diesem Punkte anderer Ansicht ist, ist um so auffallender, als er S. 193 seines Werkes richtig bemerkt, diese vom Rechte gewollte Ordnung bilde thatsächlich ein Ideal, sie sei niemals ganz verwirklicht.

§ 14.

Bekanntlich vertritt **Löning** in der Einleitung seines Grundrisses des Strafrechts 1885 den Satz, dass jedes Verbrechen ein *subjektives Recht* verletze. Das subjektive Recht ist ihm also gemeinsames Objekt aller Verbrechen. Seine Ansicht begründet er folgendermassen: Aus den im Strafrecht enthaltenen Geboten und Verboten entspringe die rechtliche Verbindlichkeit zu einem näher bezeichneten Handeln oder Unterlassen. Jeder rechtlichen Verbindlichkeit müsse notwendig gegenüberstehen das subjektive Recht, der Anspruch eines anderen auf Einhaltung oder Erfüllung dieser Verbindlichkeit. Über die Natur der subjektiven Rechte spricht sich **Löning** in seinem Grundriss nicht weiter aus; er gesteht, dass eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden sei.

Es kann an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe sein, die vielumstrittene Frage nach der Natur des subjektiven Rechtes zu erörtern. Gegenüber den **Löning'schen** Ausführungen bemerken wir nur, dass wir sie für vollkommen richtig halten, wenn damit nichts weiter gesagt werden soll, als dass diejenigen Personen, in deren Interesse eine Norm des Strafrechts erlassen wurde, in ihrem Verlangen, dass ein Dritter die im Gesetz näher bezeichnete Handlung vornähme resp. unterlasse, durch das angedrohte Zwangsmittel rechtlich unterstützt werden. In diesem Entstehen des Staates für ein etwaiges Verlangen eines Einzelnen sehen wir ein wesentliches Element jedes subjektiven Rechtes (ähnliche Ausführungen bei **v. Schey**: Über Rechtsverwandlungen in Grünhutszeitschrift Bd. VII, bes. S. 765), so dass es uns nicht unpassend erscheint, den Ausdruck „subjektives Recht“ auch auf diese Rechtsthatbestände anzuwenden. Wenn wir also beispielsweise sagen, aus der Festsetzung der Tötungsthatbestände erwachsen jedem Einzelnen subjektive Rechte an

seinem Leben, so soll mit dieser Ausdrucksweise nach unserer Auffassung nur der Gedanke ausgesprochen werden, dass das Verlangen jedes Einzelnen nicht getötet zu werden ein rechtlich anerkanntes und durch die Strafdrohungen rechtlich geschütztes sei. Wir verkennen dabei jedoch nicht, dass zwischen den subjektiven Rechten, die den Normen des Strafrechts ihre Entstehung verdanken, und denen, welche das Privatrecht ausgebildet hat, in anderen Beziehungen grosse Verschiedenheit obwaltet.

Subjektive Rechte können nun nach dem Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur in zwiefacher Weise Objekte des Verbrechens sein: 1) Insofern sie durch die Verbrechenshandlung „verletzt“ und 2) insofern sie durch sie „vernichtet“ werden. Was versteht man nun unter der Verletzung subjektiver Rechte?

Birnbaum war der erste, der diesen Begriff bekämpfte (Archiv des Kriminalrechts 1834, VIII. S. 172). Bemerkenswert ist folgender Satz, den er bei dieser Gelegenheit ausspricht: „Dadurch, dass wir etwas verlieren oder einer Sache beraubt werden, die Gegenstand unseres Rechtes ist, dass uns ein Gut, welches uns rechtlich zusteht, entzogen oder vermindert wird, wird ja unser Recht selbst weder vermindert noch entzogen.“ An **Birnbaum** schloss sich **Binding** in seinem Buche: „Die Normen und ihre Übertretung“ (S. 189 fg. I. Aufl.) an. Er sagt: Ein Recht bestehe entweder ganz oder gar nicht; ein verletztes Recht gäbe es nicht. Denn es wäre widersinnig, jemanden mit einem Rechte zu bekleiden, welches sofort die Segel streichen müsste, wenn die Willkür sich gegen es erhebe. Dieser Ansicht ist auch **Windscheid**, wenn er in § 63 Anmerkung 1 des ersten Bandes seiner Pandekten bemerkt, die Ausdrücke Entstehung, Untergang, Veränderung des Rechts seien bildliche Ausdrücke, da das Recht nichts real Existierendes sei. Dem entsprechend definiert er (I. § 122 eod.) die Rechtsverletzung auf folgende Weise: „Verletzt ist ein Recht, wenn demselben der thatsächliche Zustand, ohne dass der Berechtigte seine Zustimmung dazu gegeben hat, nicht entspricht.“ Auf demselben Standpunkt steht weiterhin **Löning**, wenn er (§ 24 Nr. 2, s. Grundrisses) die Rechtsverletzung in der That-sache erblickt, dass die Handlung in ihrer rechtswidrigen Eigenschaft mit einem subjektiven Rechte etc. in Widerspruch stehe.

Diesen Begriff scheint Löning jedoch S. 19 seines Grundrisses wieder aufzugeben, wenn er vom Umfang der Rechtsverletzung spricht. Er unterscheidet hier 3 Stufen der Rechtsverletzung: a) Den Eingriff in fremdes Recht d. h. Störung oder Vernichtung seiner Ausübung, b) den Angriff gegen fremde Rechte d. h. eine vom Thäter zur Störung oder Vernichtung seiner Ausübung bestimmte und eben dadurch die eigene Rechtspflicht verletzende Handlung, c) die Gefährdung fremder Rechte d. h. Herstellung von (allgemein erkennbaren) Bedingungen seiner Störung oder Vernichtung. Eine ähnliche Auffassung scheint auch Merkel zu vertreten, wenn er (H. H. III. und Lehrbuch) in seiner Definition der Unterschlagung von einer Ausschliessung der Willensherrschaft des Eigentümers spricht.

Da man nun nicht ohne Grund unter Rechtsverletzung — wie dies hier geschieht — eine grössere oder geringere Störung der Ausübung eines subjektiven Rechtes verstehen könnte, so wollen wir mit einigen Worten auf diese Frage zu sprechen kommen. Denken wir beispielsweise an die Vergehen gegen das Jagdrecht, bei denen ja eine Verletzung dieses Rechts stattfindet! Jemand schiesst z. B. ohne Einwilligung des Jagdberechtigten einen Hasen in dessen wildreichem Jagdbezirk. In diesem Falle kann man aber weder sagen, durch dieses Jagdvergehen sei die Ausübung des betreffenden Jagdrechtes gestört worden, noch auch davon sprechen, es seien Bedingungen seiner Störung gesetzt worden. Ferner: Dem A. wird von B. eine Uhr gestohlen. Nach einiger Zeit verliert B. die Uhr und C. findet sie. Statt seinen Fund abzuliefern, eignet aber C. sie sich an. Er begeht hiermit eine Unterschlagung, verletzt also das Eigentumsrecht des A. Trotzdem kann man nicht sagen, dass C. durch die Unterschlagung den A. in der Ausübung seines Eigentumsrechtes gestört habe, da dieselbe durch den Diebstahl des B. bereits gestört war. Überhaupt darf man bei dieser Frage nicht übersehen, dass bei vielen subjektiven Rechten grade die Rechtsverletzung das subjektive Recht erst zur vollen Kraftentfaltung erweckt, insofern Rechtsfunktionen, die bisher geruht haben, ins Leben gerufen werden, z. B. die Erhebung der rei vindicatio bei Verletzung des Eigentumsrechts.

Wir selbst schliessen uns den obengenannten Schriftstellern an, die unter der Rechtsverletzung eine bildliche Ausdrucks-

weise verstehen und sehen das Verhältniß zwischen dem subjektiven Recht und Verbrechen, durch welches es verletzt wird, darin, dass die verbrecherische Handlung resp. Unterlassung mit einem dem subjektiven Rechte eigentümlichen Ansprüche inhaltlich im Widerspruch steht, ohne dass nach den Regeln des objektiven Rechtes das subjektive Recht als untergegangen zu betrachten ist. Wir stützen uns dabei auf die Ansicht **Windscheid's**, dass das Recht nichts real Existierendes sei. Subjektive Rechte sind also blos Gedankendinge, dem nur das menschliche Denken eine Scheinexistenz verleiht. Dass diese fiktiven Existenzen keiner Verletzung d. i. schädigenden Einwirkung zugänglich sind, ist daher einleuchtend.

Aus demselben Grunde kann von einer Rechtsvernichtung gleichfalls nur im übertragenen Sinne gesprochen werden. Eine solche ist beispielsweise gegeben, wenn der H. ein mir gehöriges Buch ins Feuer wirft. Dasjenige Objekt, welches sich in diesem Falle einzig und allein verändert, ist das Buch. Auf Grund dieses Veränderungsthatbestandes sind wir jedoch nach den Regeln des objektiven Rechtes genötigt, ein vorher als existent angesehenes subjektives Recht nunmehr als untergegangen zu betrachten. Dementsprechend erblicken wir das Wesen der Rechtsvernichtung im Strafrecht darin, dass der Verbrecher durch Handlungen oder Unterlassungen, die mit Ansprüchen subjektiver Rechte inhaltlich in Widerspruch stehen, Thatbestände herbeiführt, auf Grund deren jene Rechte nach den Regeln des objektiven Rechtes als nicht mehr vorhanden anzusehen sind.

§ 15.

Objekte des Verbrechens, denen in der Systematik der Verbrechen grosse Bedeutung beigelegt wird, sind nach dem Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur die sog. Rechtsgüter.

— Der herkömmlichen und von **Liszt** aufgestellten Begriffsbestimmung des Rechtsguts als „des rechtlich geschützten Interesses“ können wir nicht beipflichten. Diese Definition hat schon formell den Nachteil, dass das *genus primum* durch einen Begriff ausgedrückt wird, der selbst kontrovers ist. Aber auch in sachlicher Beziehung wird sie nicht aufrecht zu erhalten sein. Wir wollen dies durch ein Beispiel verdeutlichen. Beim

Betrug ist das verletzte Rechtsgut das Vermögen. Unser Sprachgefühl wehrt sich nun aber dagegen, das Vermögen des Betrogenen als dessen Interesse, das durch den Betrug verletzt werde, zu bezeichnen. Unser Interesse besteht darin, ein Vermögen zu haben, unser Interesse besteht darin, dass unser Vermögen nicht verletzt werde, aber unser Interesse ist nicht unser Vermögen selbst. Eigentlich giebt auch **Liszt** die Verschiedenheit der Begriffe „Gut“ und „Interesse“ zu, indem er **Kessler**, der zuerst auf dieselbe aufmerksam machte, einräumt, dass es im Grunde genommen nicht genau sei, wenn man beide Begriffe einander völlig gleichstelle; er legt jedoch dieser Unterscheidung keine wissenschaftliche Bedeutung bei: Interesse — sagt er — sei der Wert, den der Eintritt oder Nichteintritt einer bestimmten Veränderung für den Betreffenden habe und Gut sei dasjenige, wofür jene Veränderung von Wert (Z. Bd. 8, S. 137). Wir meinen nun, es wäre an sich schon immerhin von wissenschaftlicher Bedeutung, Begriffe in dem Sinne zu gebrauchen, den sie wirklich haben. Auffallend ist ferner: die Rechtsgüter **Liszt's** sind alle ohne Ausnahme bloße Abstrakta. Körperliche Dinge wie z. B. der menschliche Körper, der durch die Körperverletzung oder die fremde Sache, welche durch die Sachbeschädigung verletzt wird, fallen daher nicht unter den Rechtsgutsbegriff **Liszt's**, obwohl grade diese sowohl dem Gutsbegriff zu subsumieren sind, als auch durch die Rechtsnormen vor schädlichen Einwirkungen geschützt sind. Endlich ist darauf hinzuweisen, dass die **Liszt'sche** Definition sich bildlicher Ausdrücke bedient, indem sie davon spricht, dass die Interessen rechtlich „geschützt“ seien. **Liszt** ist nämlich der Ansicht, dass die Rechtsgüter als bloße Abstrakta nicht wirklich verletzt oder gefährdet werden könnten. So sagt er S. 115 Anmerkung 3: „Es ist klar, dass die Ausdrücke „Verletzung“ und „Gefährdung“ (sc. der Rechtsgüter), die sich streng genommen nur auf äussere Ereignisse beziehen, hier im übertragenen Sinne gebraucht werden. „Rechtsverletzung“ ist nur ein Bild. Verletzt und gefährdet werden die Menschen oder Sachen, in welchen sich als Subjekten oder Objekten das Interesse verkörpert.“ Wenn nun aber etwas nicht wirklich verletzt oder gefährdet werden kann, so leuchtet ein, dass es auch keines eigentlichen Schutzes bedarf. Daher kann auch jener durch das Recht den Rechtsgütern

gewährte Schutz, durch den Liszt diese selbst charakterisiert, nur im bildlichen Sinne genommen werden und es bleibt dabei immer noch die Frage: Was ist nun eigentlich der tatsächliche Charakter der Beziehung, in welcher jene abstrakten Güter zum Rechte stehen?

Binding definiert in der ersten Auflage seiner „Normen“ S. 193 den Begriff des Rechtsguts folgendermassen: „Rechtsgut ist . . . Alles an dessen unveränderter und ungestörter Erhaltung das positive Recht nach seiner Ansicht ein Interesse hat, was es deshalb durch seine Normen vor unerwünschter Verletzung oder Gefährdung zu sichern bestrebt ist“. An dieser Definition hält er auch — von kleineren Abweichungen abgesehen — in seinem Handbuche Bd. I S. 169 fest. Weitläufiger und genauer drückt er sich in der 2. Auflage seiner Normen Bd. I. S. 353 aus: *)

„Rechtsgut ist „alles“ was selbst kein Recht, doch in den Augen des Gesetzgebers als Bedingung gesunden Lebens der Rechtsgemeinschaft für diese von Wert ist, an dessen unveränderter und ungestörter Erhaltung sie nach seiner Ansicht ein Interesse hat, und dass er deshalb durch seine Normen vor unerwünschter Verletzung oder Gefährdung zu sichern bestrebt ist.“

Unsere Kritik beschränkt sich auf diese letztangeführte Definition, die den heutigen Ansichten **Bindings** entspricht. Auffallend ist vor allem an dieser Begriffsbestimmung, dass **Binding** die Frage, ob Dinge Rechtsgüter oder nicht seien, von der Ansicht des Gesetzgebers, dass dieselbe als Bedingungen gesunden Lebens der Rechtsgemeinschaft für diese von Wert seien, abhängig macht. Dagegen ist zu bemerken, dass in Staaten, in denen der Gesetzgeber nicht in einem Individuum sondern in einer Mehrheit von Individuen besteht, eine einheitliche Ansicht über diese Frage, wenn sie überhaupt in Erwägung gezogen wird, gar nicht notwendig zu bestehen braucht. Wir können uns beispielsweise den Fall als möglich vorstellen, dass unter den Personen, denen unser Strafgesetzbuch seine Entstehung verdankt, auch solche waren, die nicht die Ansicht hatten, dass das Institut der Monogamie, das **Binding** S. 149 seiner „Normen“ (I. Aufl.) als Rechtsgut anführt, eine Bedingung gesunden Lebens der

*) Wir citieren hier nach Oppenheim S. 14, da wir uns ein Exemplar der 2. Auflage der „Normen“ nicht verschaffen konnten.

Rechtsgemeinschaft sei, trotzdem aber dem § 171 zustimmen, weil er der unser Volksleben beherrschenden christlichen Sittenanschauung entspricht. Ferner ist es möglich, dass ein Gesetzgeber aus politischen Rücksichten im Hinblick auf revolutionäre Volksströmungen sich bestimmen lässt, Rechtsnormen zum Schutze von Rechtsgütern zu erlassen, obwohl seine Ansicht über die uns hier interessirende Fragen eine den Anschauungen dieser Volksströmungen entgegengesetzte ist.

Auffallend ist ferner die in der Definition betonte begriffliche Scheidung zwischen subjektiven Rechten und Rechtsgütern, die auf der im vorhergehenden Paragraphen berührten Ansicht **Bindings** beruht, dass Rechte nicht eigentlich verletzt werden könnten (Normen I S. 192), während die Rechtsgüter wirklich verletzbar seien, d. h. „zerstört“ oder „durch den Angriff in ihrem Güterwert gemindert“ werden könnten. (Handbuch I S. 170). Wir sind nun der Ansicht, dass weitaus die meisten Dinge, welche **Binding** dem Begriffe des Rechtsgutes subsumiert, ebenso wie subjektive Rechte nicht wirklich verletzbar sind. Dies ist der Fall bei denjenigen sog. Rechtsgütern, welche blosse Abstrakte unseres Denkens sind. Greifen wir einige derartigen Rechtsgüter heraus, um sie auf ihre Verletzbarkeit hin zu prüfen! Wir sprechen vom Rechtsgut der persönlichen Freiheit und halten uns im Besitz desselben, wenn es uns möglich ist, ungestört unseren Willen bethätigen zu können. Diese Möglichkeit ist nun aber doch nichts Reales, das eine von unserem Denken unabhängige Existenz besässe, sondern ein Vorstellungsding, welches unser Denken als gegeben annimmt, wenn es die Frage, ob der Versuch einer Willensbethätigung hinsichtlich eines gewissen Thatbestandes Aussicht auf Erfolg habe, auf Grund seiner Erfahrung bejaht. Erwägt man nun, dass das Verbrechen äusseres Geschehen ist, so leuchtet ein, dass ein derartiges Gut von Wirkungen desselben nicht ergriffen werden kann, also auch nicht wirklich verletzt, zerstört werden kann. Man vergegenwärtige sich noch folgendes Beispiel: Ich beraube einen Menschen dadurch seiner persönlichen Freiheit, dass ich die Thüre des Kellers, in dem er sich befindet, verriegele. Das Geschehen, welches in dieser Handlung steckt, verläuft nun offenbar nur in der Mechanik des Thürschlusses. Wenn ich daher von einer Einwirkung dieser Handlung auf andre Dinge spreche, so kann dies nur im übertragenen Sinne gemeint

sein. Grade so steht es mit dem Rechtsgut des Gewahrsams, den man als die Möglichkeit über eine Sache thatsächlich und ausschliesslich verfügen zu können, verbunden mit dem Willen diese Herrschaft auszuüben definieren kann. Wenn wir weiterhin von der Verletzung des Rechtsguts des Lebens durch Tötung sprechen, so ist diese Ausdrucksweise gleichfalls nur bildlich. Die Tötungshandlungen verursachen immer physiologische Veränderungen im Körper des Getöteten, welche das Aufhören des Stoffwechsels zur Folge haben. Das Substrat, welches durch diese Wirkungen ergriffen wird, ist lediglich der menschliche Körper, dem gegenüber das menschliche Leben eine bloße Abstraktion unseres Verstandes ist. Aehnlich verhält es sich auch mit den Rechtsgütern der Integrität des menschlichen Körpers oder anderer Sachen: Die Substrate der verbrecherischen Einwilligungen sind eben diese Sachen, der menschliche Körper und nicht jene abstrakten Güter. Wir könnten diese Ausführungen noch weiter fortsetzen, meinen aber, dass aus dem Vorgetragenen schon der Schluss deutlich hervorgeht, dass **Binding** jene begriffliche Scheidung der Begriffe „subjektives Recht“ und „Rechtsgut“ in dem Sinne, dass kein subjektives Recht Rechtsgut sein könnte nicht aufrecht halten kann, weil die meisten sog. Rechtsgüter grade so wie die subjektiven Rechte nicht wirklich verletzbar sind.

Wenn endlich **Binding** in seiner Definition als Merkmal des Rechtsgutes noch anführt, dass der Gesetzgeber bestrebt sei, es durch seine Normen vor unerwünschter Verletzung oder Gefährdung zu sichern, so ergibt sich aus den vorausgehenden Ausführungen, dass man in dieser Weise von denjenigen Rechtsgütern, welche Gedankendinge sind, wegen ihrer thatsächlichen Unverletzbarkeit gleichfalls nur im übertragenen Sinne sprechen kann, denn was nicht verletzt werden kann, braucht auch nicht geschützt zu werden. Wir sind daher der Ansicht, dass es **Binding** — wie sehr er es auch vermeiden will — nicht gelungen ist, in seiner Definition aus der bildlichen Redeweise herauszukommen.

Wie man nun aber auch bei einer Definition des Rechtsgutsbegriffs verfahren mag, es wird schwer sein, eine befriedigende zu finden. Diese Schwierigkeit besteht unserer Ansicht nach darin, dass man als Rechtsgüter sowohl körperliche als auch abstrakte Dinge zu betrachten hat und man schwerlich für

beide Arten in ihren Beziehungen zum Recht oder zum Verbrechen gemeinsame Merkmale finden wird. Mag man die Merkmale darin finden, dass die Rechtsgüter durch die Normen des objektiven Rechts geschützt seien oder dass sie durch die verbrecherischen Angriffe in ihrer Integrität bedroht würden, für jene abstrakten Güter, die ihrer Natur nach weder wirklich verletzt noch gefährdet werden können und daher auch keines Schutzes bedürfen, sind dies nur bildliche Ausdrücke; die Frage, welcher thatsächliche Sinn hinter dieser Ausdrucksweise sich versteckt hält, bleibt dabei immer noch zu beantworten. Dazu kommt noch, dass in der Litteratur über die Natur der einzelnen abstrakten Güter durchaus keine völlige Klarheit und Einstimmigkeit herrscht — man denke beispielsweise an die verschiedenen Auffassungen, welche über das Rechtsgut der Ehre bestehen.

Zur Erläuterung des Sprachgebrauchs der strafrechtlichen Litteratur mögen noch folgende Bemerkungen über die Beziehungen dienen, welche zwischen den abstrakten Gütern, die der Sprachgebrauch mit dem Ausdruck „Rechtsgüter“ benennt, und den auf dieselben sich beziehenden verbrecherischen Angriffen bestehen.

Man spricht vor Allem von einer Verletzung der Rechtsgüter, dieselbe besteht bei körperlichen Rechtsgütern darin, dass gewisse vom Gesetz verpönte, schädliche Einwirkungen diese Objekte ergreifen. Als Beispiele führen wir die Tötungs-, Körperverletzungs- und Sachbeschädigungs-Delikte an, bei denen menschliche Körper und körperliche Sachen Objekte der Verletzung sind. Bei der Verletzung von Rechtsgütern, die Vorstellungs-Dinge sind, besteht die fragliche Beziehung darin, dass unser Denken beim Eintritt eines gewissen Erfolges jene Rechtsgüter als vernichtet oder als in ihrer Integrität verändert betrachtet. Hierher gehört der Fall der sog. Rechtsvernichtung, deren Wesen wir im § 14 darin erblickten, dass der Verbrecher durch Handlungen bzw. Unterlassungen, welche mit Ansprüchen subjektiver Rechte inhaltlich im Widerspruch stehen, Thatbestände herbeiführt, auf Grund deren jene Rechte nach den Regeln des objektiven Rechts als nicht mehr vorhanden anzusehen sind. Anders liegt der Fall der sog. Rechtsverletzung. Unser Denken könnte nur dann eine Integritätsveränderung von subjektiven Rechten als vorhanden annehmen, wenn derartige Thatbestände durch die

betreff. Delinquenten herbeigeführt würden, auf Grund deren einzelne Ansprüche aus der Summe der vielen, die allzusammen den Inhalt eines subjektiven Rechtes bilden, nach den Regeln des objektiven Rechts als für das Rechtssubjekt verloren zu betrachten seien. Dies ist jedoch bei der Rechtsverletzung keineswegs notwendig der Fall, wie wir teilweise bereits in § 14 ausgeführt haben. Wenn mir beispielsweise jemand meine Uhr beschädigt, also eine Eigentumsrechtsverletzung begeht, so habe ich nach geschehener That noch alle dieselben Rechtsansprüche an der Uhr, welche ich vorher hatte. Ebenso verbleibt der Jagdberechtigte im Besitze aller seiner jagdrechtlichen Befugnisse, wenn jemand sein Jagdrecht dadurch verletzt, dass er in dessen Jagdbezirk wildert.

Man spricht ferner von einer Gefährdung der Rechtsgüter durch das Verbrechen. Bei körperlichen Rechtsgütern besteht hier die Beziehung zwischen Rechtsgut und Verbrechen darin, dass durch die Verbrechenshandlung eine Veränderung in der Aussenwelt erzeugt wird, bei deren Vorhandensein „nach unbefangenen Urteil die nahe Möglichkeit und damit die begründete Besorgnis gegeben ist“ (Liszt Lehrbuch S. 101), dass gewisse, vom Gesetz verpönte, schädliche Einwirkungen die Substanz dieser Rechtsgüter ergreifen. Beispiele hierfür sind die Delikte der Vergiftung, des Zweikampfs und der Aussetzung. Dementsprechend liegt eine Gefährdung von abstrakten Rechtsgütern vor, wenn durch die Verbrechenshandlung eine Veränderung in der Aussenwelt erzeugt wird, bei deren Vorhandensein „nach unbefangenen Urteil die nahe Möglichkeit und damit die begründete Besorgnis gegeben ist“, dass jener Thatbestand einträte, auf Grund dessen unser Denken jene abstrakten Güter als vernichtet oder als in ihrer Integrität verändert ansieht. Z. B. die Gefährdung des Vermögens, des Kredits, des öffentlichen Friedens.

Man spricht endlich noch von abstrakten Gefährdungen körperlicher oder abstrakter Rechtsgüter. Es sind dies Verbrechen, die regelmässig eine Gefährdung von körperlichen bzw. abstrakten Rechtsgütern enthalten, ohne dass diese Eigenschaft wesentliches Begriffsmerkmal wäre.

§ 16.

Man bezeichnet weiterhin nach dem Sprachgebrauch der Litteratur *Interessen* als Objekte des Verbrechens. Was hat man sich darunter vorzustellen?

Gareis definiert in seiner Encyklopädie und Methodologie der Rechtswissenschaft das Interesse als die subjektiv empfundene und aus dem Bedürfnis entsprungene Beziehung zwischen dem das Bedürfnis fühlenden Menschen und dem Objekt, nach welchem das Bedürfnis wirklich oder mutmasslich ganz oder teilweise befriedigt werden soll und wird. Diese Definition enthält jedoch keine genügende differentia specifica zwischen dem Interesse (als einer Beziehung zwischen dem Bedürfnis empfindenden Menschen und dem Objekt seines Bedürfnisses) und anderen Beziehungen dieser Art z. B. rechtlichen, psychologischen etc. Beziehungen. Wir erfahren in dieser Hinsicht nur, dass sie „subjektiv empfunden“ und „aus dem Bedürfnis entsprungen“ seien, 2 Ausdrücke, welche den Begriff nur noch verdunkeln.

Liszt definiert das Interesse (Z. Bd. 8 S. 137) als den Wert, den der Eintritt oder Nichteintritt einer bestimmten Veränderung für den betreffenden hat. Hier ist die differentia specifica sehr klar ausgedrückt, als genus proximum erscheint jedoch ein Begriff, der selbst kontrovers ist. So lange wir nicht wissen, was **Liszt** unter „Wert“ versteht, so lange lässt sich seine Begriffsbestimmung auch nicht beurteilen.

Kessler (G. S., Bd. 39), stellt folgende Begriffsentwicklung des Interesses auf: Das Interesse einer Person an einer Thatsache sei das Verhältnis der Person zu dieser Thatsache, vermöge dessen das Eintreten oder Nichteintreten derselben für ein Gut der Person eine nachteilige Folge hat. Auch dieser Definition müssen wir den Vorwurf machen, dass sie keine klare differentia specifica enthält, welche das Interesse von anderen Verhältnissen der Person zu einer Thatsache begrifflich unterscheide. Man kann eine Thatsache beurteilen, begehren, verabscheuen u. s. w., alles dies sind Verhältnisse des Menschen zu einer Thatsache. Über den Inhalt dieses der Definition zu Grunde liegenden Verhältnisses erfahren wir nur das eine, dass „vermöge“ dieses Verhältnisses eine Person zu einer Thatsache, der Eintritt oder Nichteintritt eben dieser Thatsache für ein Gut der Person eine nachteilige Folge habe. Diese Worte sind jedoch zu unbestimmt, als dass sie den Inhalt dieses Verhältnisses verdeutlichen könnten.

Sehr klar drückt sich **Bürger** (Z. Bd. 8, S. 667) aus, wenn er das Interesse als diejenige Anschauung des Subjekts, welche ein Objekt als Gut auffasst, bezeichnet. Wir halten jedoch auch

diese Begriffsaufstellung für nicht haltbar, weil 1) nicht jeder, der ein Objekt als Gut auffasst, an der Integrität desselben interessiert zu sein braucht und 2) nicht einzusehen ist, inwiefern das Verbrechen mit solchen Anschauungen in Widerspruch treten könne.

Nach **Oppenheim** (S. 40) besagt der Ausdruck, eine Person habe Interesse an etwas Vorhandenem (z. B. dem Leben), dass der Person an dem Dasein dieses Vorhandenen (ihres Lebens) etwas liege, dass sie Lustempfindungen durch das Dasein dieses Vorhandenen habe. Nur weil dies der Fall sei, habe sie indirekt ein Interesse daran, liege ihr etwas daran, dass das Vorhandene (ihr Leben) nicht vernichtet werde. Andererseits besage das Interesse einer Person an etwas noch nicht Vorhandenem dies, dass der Person an dem zukünftigen Dasein des jetzt noch nicht Vorhandenen, also an dem Dasein selbst etwas liege. Nur weil dies der Fall, liege ihr indirekt auch daran etwas, dass der Vorgang, welcher das Zukünftige bringen solle, nicht ausbleibe. Diese Auseinandersetzung halten wir für richtig, verstehen aber nicht, warum **Oppenheim** auf Grund derselben auf folgende Begriffsbestimmung des Interesses kommt: „Interesse ist das Verhältnis eines Subjekts zu etwas Vorhandenem oder Nichtvorhandenem, aber Herbeigewünschtem, welches zum Ausdruck bringt, dass das Vorhandene oder Nichtvorhandene für das Subjekt von Wert, mithin ein Gut ist.“ Wenn **Oppenheim** sagt, dass der Ausdruck, eine Person habe Interesse an etwas Vorhandenem, besage, dass sie Lustempfindungen durch das Dasein dieses Vorhandenen habe, so liegt doch die Annahme nahe, dass diese gemütliche Anteilnahme, diese Lustempfindungen an etwas Vorhandenem eben dasjenige Etwas ist, welches man mit dem Ausdruck Interesse belegt. Wie kommt daher **Oppenheim** dazu, den nicht leicht zu verstehenden Begriff des Verhältnisses als *genus pronimum* seiner Definition zu verwenden? Es ist ferner hervorzuheben, dass es nicht immer leicht sein wird, das betreffende Gut, auf welches sich nach **Oppenheim** ein Interesse notwendigerweise beziehen muss, zu konstruieren. Auf welches Gut bezieht sich beispielsweise das Interesse, nicht ermordet zu werden? Man antworte uns nicht: auf das Gut des Lebens! Ein Mensch, der einen Selbstmord an sich zu begehen

beabsichtigt, also kein Interesse am Leben hat, wird trotzdem das Interesse haben, nicht ermordet zu werden.

Wir selbst halten mit **Bünger** den Interessebegriff für einen psychologischen und folgen in unserer Auffassung desselben der Psychologie der Herbart'schen Schule. Mit dem Ausdruck „Interesse“ bezeichnet man eine wechselnde Gemütsstimmung, welche sowohl Aufmerksamkeit, Erwartung, als auch Begehren sein kann. Wenn man sagt: Ich habe dieses Buch mit grossem Interesse durchgelesen, so kann man dafür eben so gut sich in folgender Weise ausdrücken: Ich habe dieses Buch mit grosser Aufmerksamkeit durchgelesen. Synonym sind ferner folgende Redeweisen: „Meine Erwartung war auf das höchste gestiegen“ und „Mein Interesse war auf das höchste gestiegen“. Wenn man endlich sagt: „Ich habe das Interesse, nicht getötet zu werden,“ so heisst das nichts weiter als: „Ich habe das Begehren, nicht getötet zu werden.“ (Man vergl. dazu: **Strümpel**: „Die Unterschiede zwischen dem sinnlichen, dem intellektuellen und dem ästhetischen Interesse und Wohlgefallen.“ 6tes Heft seiner Abhandlungen aus dem Gebiete der Ethik, der Staatswissenschaft etc. S. 3 fg.)

An diese letztere Ausdrucksweise, welche das Interesse als ein Begehren auffasst, scheint uns der Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur anzuknüpfen, wenn er von dem Verbrechen als einer interessewidrigen Handlung spricht. Wenn also beispielsweise gesagt wird, die Sachbeschädigung verletze das Interesse des Eigentümers, so will man unserer Ansicht nach nur den Gedanken ausdrücken, dass die Sachbeschädigung dem beim Eigentümer vernünftigerweise vorauszusetzenden Begehren zuwiderlaufe, dass seine Sache nicht beschädigt oder zerstört werde. Interessen des Publikums wären demnach Begehrungen, wie sie einem grösseren Kreis von Menschen eigentümlich sind, religiöse Interessen wären solche Begehrungen, wie sie ein religiöser Mensch vernünftigerweise hat u. s. w. Wir können demnach das Interesse im strafrechtlichen Sinne als das Verlangen, das bestimmten Personen oder Personengesellschaften im Hinblick auf den Eintritt oder Nichteintritt eines strafrechtlich relevanten Erfolges vernünftigerweise eigentümlich ist, definieren. Verletzt wird dieses Interesse dadurch, dass der Verbrecher ihm

zuwiderhandelt d. h. dadurch, dass das nicht geschieht, was der Interessent vernünftigerweise begehrt. *)

§ 17.

Neben der Rechtsordnung, subjektiven Rechten und andern Rechtsgütern, Interessen werden im Sprachgebrauch der strafrechtlichen Litteratur schliesslich noch Objekte der verschiedensten Art, die nicht unter diese Begriffe fallen, Objekte des Verbrechens genannt.

Es sind dies vor allem Dinge, *über die der Verbrecher, ohne ihre Integrität zu bedrohen, in strafbarer Weise verfügt oder die er sich oder einem Dritten in strafbarer Weise zu verschaffen sucht.*

Im Einzelnen fallen unter diese Kategorie Personen, Sachen, Vermögensstücke, Vermögenswerte. So nennt man beispielsweise bei der Entführung, der Freiheitsberaubung, der Nötigung, der Notzucht diejenigen Personen, an denen diese Delikte verübt werden, Objekte derselben. Gradeso bezeichnet man ferner beim Diebstahl, der Unterschlagung, beim Raube die fremden beweglichen Sachen, die gestohlen, unterschlagen und geraubt werden. Objekte des Verbrechens werden weiterhin bei den Jagd- und Fischereidelikten das Wild, die Fische oder Krebse, beim Betrug und der Erpressung die Vermögensvorteile genannt, welche das aktive Subjekt dieser Verbrechen sich oder einem Dritten zu verschaffen sucht. Am ausgebildetsten ist dieser Sprachgebrauch in den Fällen, in welchen die Verbrechenhandlung auf Personen oder körperliche Sachen sich bezieht; er ist schwankend in den Fällen, in welchen dieselbe auf Erlangung von Vermögensvorteilen sich richtet. Doch be-

*) Vergl. auch Schey in Grünhutszeitschrift VII. S. 764 Anm. 62: „Auch das Interesse scheint sich nicht so vollkommen von dem Willen und der Willensfähigkeit loslösen zu lassen, wie Ihering möchte. Vielmehr involviert es doch wohl ein „Verlangen“ etc. Vergl. auch Eberhard's synonymisches Handwörterbuch etc. Leipzig 1882. S. 549: „Interesse (eigentlich Dazwischensein, d. i. innig mit dem Gegenstand verbunden sein) ist das Verlangen, zu einem Gegenstand in geistige Beziehung zu treten oder in derselben zu bleiben, ihm geniessend, forschend, erkennend näher zu treten.“

dient sich beispielsweise **Berner** dieses letzteren Sprachgebrauchs, wenn er S. 560 seines Lehrbuchs sagt: „Gegenstand der Erpressung ist nicht bloß, wie beim Raub, eine Sache, sondern auch jeder andere Vermögensvorteil.“

Verbrechens-Objekte nennt **Oppenheim** (S. 218) auch *diejenigen Dinge, welche durch das Verbrechen erzeugt werden*. Wir meinen, dass in den meisten Fällen diese Ausdrucksweise unserem Sprachgebrauch nicht entsprechen und unserem Sprachgefühl sehr hart klingen wird. Nach einigen von ihm citierten Gesetzesstellen müssten beispielsweise das „unrichtige Ergebnis“, das jemand bei einer Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt (Strfg. § 108), der „bewaffnete Haufe“ (**Oppenheim** S. 324), den jemand bildet (Strfg. § 127), der Eid, der bei Eidesdelikten geschworen wird (**Oppenheim** S. 332), ferner jene „Aussteuer-, Sterbe-, Witwen-Kassen etc.“ (**Oppenheim** S. 372), die jemand nach Strfg. § 360 Nr. 9 errichtet, und endlich „der erzeugte Vorgang des Glücksspiels“ (S. 284 **Oppenheim**, Strfg. § 284) — alle diese Dinge müssten nach **Oppenheim** Objekte des Verbrechens genannt werden.



ZWEITER TEIL.

Untersuchung zweier Hauptfragen aus der Lehre von den Objekten der Vermögensdelikte.

E I N L E I T U N G :

In diesem Teile unserer Abhandlung haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, folgende 2 Fragen zu untersuchen: Wir untersuchen 1) welche Vermögensrechte i. e. dingliche oder obligatorische Privatrechte nach dem Thatbestand der einzelnen Vermögensdelikte notwendigerweise durch diese „verletzt“ werden, um einen Einblick zu gewinnen, wie in diesem Teile des Strafrechts civilrechtlich interessante Handlungen zur Konstruktion der Verbrechensbegriffe verwandt werden? Dabei möge man sich erinnern, dass der Verfasser unter Rechtsverletzung zum Unterschied von der Rechtsvernichtung keine Art der Rechtsgüterverletzung versteht. (Vergl. § 15.) Wir werden 2) erforschen, welche Rechtsgüter nach dem Thatbestand der einzelnen Vermögensdelikte notwendigerweise durch diese verletzt resp. gefährdet werden, um auch in dieser Beziehung in das innere Wesen dieser Delikte einzudringen. Wir werden jedoch bei unserer Untersuchung nur diejenigen Vermögensdelikte in den Kreis der Besprechung ziehen, die in der Litteratur unter dieser oder ähnlicher Bezeichnung gäng und gäbe sind.

ERSTER ABSCHNITT.

Erörterung des Themas bei der Sachbeschädigung, der Unterschlagung, dem Diebstahle und dem Raube.

§ 18.

Nach dem Strafgesetzbuch besteht die einfache Sachbeschädigung in der rechtswidrigen Beschädigung oder Zerstörung einer fremden Sache, die einfache Unterschlagung in der rechtswidrigen Zueignung einer fremden beweglichen Sache. Die betreffende Sache muss also eine fremde sein d. h. im Eigentum eines andren stehen; dass andere Rechtsverhältnisse bezüglich der Sache bestehen, ist kein notwendiges Erfordernis. Wenn wir also untersuchen wollen, welche Vermögensrechte durch diese Delikte notwendigerweise verletzt werden, so kann nur das Eigentumsrecht hierbei in Betracht kommen. Der allgemeine Thatbestand der Eigentumsverletzung besteht nun aber darin, dass jemand, ohne dass gesetzliche Vorschriften ihm dies besonders gestatten und ohne den Willen des Eigentümers über dessen Sache verfügt. Um nun zu verstehen, dass alle rechtswidrigen Zueignungs- bzw. Beschädigungs- oder Zerstörungshandlungen diesen Thatbestand notwendigerweise enthalten müssen, vergegenwärtige man sich, dass diese Handlungen unter folgenden Umständen begangen werden können. 1. Wird die Zueignung bzw. Beschädigung oder Zerstörung mit dem Willen des Eigentümers — mag der Thäter dies wissen oder nicht wissen — begangen, so können diese Handlungen keine rechtswidrigen deshalb sein, weil durch die Einwilligung dem Thäter ein Recht auf Zueignung bzw. Zerstörung oder Beschädigung erwächst. Dies ist auch die gemeine Meinung. 2. Wird die Zueignung etc. ohne den Willen des Eigentümers vorgenommen und bestehen besondere gesetz-

liche Vorschriften, welche diese Handlung aus gewissen Gründen gestatten, so sind sie aus diesem Grunde keine rechtswidrigen. — Ein Beispiel: Der Fall, dass nach Landesrecht der Jagdinhaber zur Tötung in seinem Jagdbezirk frei herumlaufender Hunde berechtigt ist. Ferner: Um sich vor dem Verhungern zu retten, verbraucht eine eingeschlossene Person Esswaren, die ihr anvertraut sind. (Notstand). 3. Die betreffenden Handlungen werden ohne den Willen des Eigentümers und ohne dass gesetzliche Vorschriften dies erlauben, ausgeführt. Dieser Gruppe von Fällen haftet der Charakter der Rechtswidrigkeit und zwar der Eigentumsverletzung notwendig an. Da andre Fälle der rechtswidrigen Zueignung bezw. Beschädigung oder Zerstörung von fremden Sachen nicht möglich sind, so leuchtet es ein, dass die Delikte der einfachen Unterschlagung und einfachen Sachbeschädigung notwendigerweise als Eigentumsverletzungen sich qualifizieren müssen. Dieses Ergebnis gilt nun für alle Arten dieser Delikte. Von dem Falle des § 303 a. sehen wir dabei freilich ab, weil ihm die Natur eines Vermögensdeliktes mangelt, denn sein Thatbestand richtet sich nicht wesentlich gegen vermögensrechtliche Interessen, da ja auch der Eigentümer und derjenige, der von diesem die Einwilligung zur Beschädigung der betreff. res sacrae, religiosae, publicae erhalten hat, aktives Verbrechen-subjekt sein kann; sein Thatbestand richtet sich vielmehr gegen öffentliche Interessen.

Im Falle der Veruntreuung trifft mit der Eigentumsverletzung noch die Verletzung eines Forderungsrechts zusammen. Wenn ich nämlich jemandem meine Sache anvertraue, so entsteht notwendigerweise ein Rechtsverhältnis, das je nach dem Zweck der Uebergabe sehr verschieden sein kann. Ein Beispiel: Uebergabe zum Zweck der Leihe. Dass das betreffende Forderungsrecht notwendigerweise auf Rückgabe oder Ablieferung an einen andren sich richten müsse — wie das Reichsgericht (B 4, 386), **Berner** (Lehrbuch S. 556) und **v. Liszt** (Lehrbuch S. 416) annehmen — halten wir nicht für erforderlich. Wir meinen es läge ein „Anvertrauen“ überhaupt dann vor, wenn die Sache mit der Verpflichtung übergeben wurde, in einer bestimmten, die Zueignung ausschliessende Weise, mit ihr zu verfahren. Hierunter fällt daher auch der Fall, dass jemandem ein Tier zum Zweck sofortiger Tötung übergeben wurde (**Olshausen** 2. Aufl., § 246, N. 23.).

Im Gegensatz zur Sachbeschädigung und Unterschlagung liegt den Delikten des Diebstahls und des Raubes der Thatbestand der Eigentumsverletzung nicht notwendigerweise zu Grunde. Es ist nämlich der Fall möglich, dass der nicht besitzende Eigentümer seine Einwilligung in die Wegnahme dem Dieb bzw. Räuber gegeben hat, dieser aber die Sache in der Absicht, sie sich rechtswidrig anzueignen, wegnimmt. In diesem Falle liegt in der diebischen bzw. räuberischen Handlung keine Eigentumsverletzung, denn die Einwilligung des Eigentümers in die Wegnahme durch den Dieb resp. Räuber schliesst eine solche für den Thatbestand der Wegnahmehandlung aus.

Merkel (H. H. III. S. 653) führt noch einen 2. Fall an, in dem ein Diebstahl ohne Eigentumsverletzung gegeben ist. Er vertritt nämlich die Ansicht, dass trotz der Einwilligung des Eigentümers in die Aneignung Diebstahl auch dann vorliege, wenn der Thäter die Zustimmung des Eigentümers nicht gekannt oder nicht vorausgesetzt habe, weil nur die Absicht rechtswidriger Zueignung gefordert werde. Er meint zwar, die Natur der Sache gäbe hier allerdings das Gegenteil an die Hand, da der Diebstahl den gegen das Eigentum gerichteten Verbrechen zuzuzählen sei, von einer Verletzung der Rechte des Eigentümers mit Einwilligung des letzteren aber nicht geredet werden könnte. Sed lex ita scripta.

Gegen diese Ansicht macht **John** (Z. I., S. 263) geltend, aus dem Begriff des Vermögensverbrechens folge ganz von selbst, dass die Zueignung wider den Willen des Berechtigten geschehe. Aber John tritt gar nicht den Beweis dafür an, weshalb denn der Diebstahl Vermögensverbrechen sein müsse — wie wir später noch sehen werden — sondern betrachtet dies als selbstverständlich. Seine Begründung kann daher nicht befriedigen. Dasselbe muss man auch den Ausführungen **Hälschners** vorwerfen, die sich eng an die John'schen anschliessen. Er sagt, die beabsichtigte Zueignung müsse deshalb objektiv rechtswidrig sein, weil es die aus der Natur aller gegen das Vermögen gerichteten Delikte sich von selbst ergebende Voraussetzung sei, dass sie gegen den Willen des Berechtigten verübt werde, und weil eben darum nichts entgegenstände, das Gesetz dahin zu deuten, dass die Zueignung nicht nur nach der Meinung des Thäters, sondern auch wirklich eine rechtswidrige sein müsse.

Was **Ruhstrat** (Z. I. 395) gegen **Merkel** in dieser Beziehung bemerkt, ist gleichfalls nicht stichhaltig. Er meint, das Gesetz gestatte auch eine andere Auslegung, das Gesetz fordere hier zwar ausdrücklich die Absicht rechtswidriger Zueignung, aber daraus folge nicht, dass diese Absicht allein genüge. Er führt daraufhin noch an Beispielen aus, dass zum vollen Verbrechensbegriff eben noch manches gehöre, was das Gesetz nicht ausdrücklich erwähne. Wir vermissen jedoch in seinen Ausführungen den Beweis, aus welchem Grunde denn von der strengen Wortinterpretation des § 242 abgegangen werden müsse.

Wir meinen daher der Ansicht **Merkels** beipflichten zu müssen, weil sie den Wortlaut des § 242 entschieden auf ihrer Seite hat und überzeugende Gründe uns nicht vorzuliegen scheinen, von diesem abzuweichen. Dieselbe Entscheidung gilt natürlich auch für den Raub. Wir wären also zu folgendem Schlussergebnis gelangt: Bei der Sachbeschädigung und der Unterschlagung ist das Eigentumsrecht notwendiges Objekt, dagegen ist es dies nicht beim Diebstahl und Raub.

§ 19.

Wir kommen zur Frage: welche Rechtsgüter sind notwendiges Objekt der Sachbeschädigung, der Unterschlagung, des Diebstahls und des Raubes. Einfach ist diese Frage bei der Sachbeschädigung zu entscheiden. Hier ist das betreffende Rechtsgut die fremde Sache, welche beschädigt oder zerstört wird. Die Sache ist eine fremde d. h. sie muss im Eigentum eines andren stehen. Daher ist z. B. herrenloses Wild, das jemand vergiftet untaugliches Objekt der Sachbeschädigung. Die Sache muss weiterhin körperlich sein; die Terminologie des Civilrechts, die unter Sachen auch Rechte versteht, greift hier nicht Platz, wie aus den Ausdrücken „beschädigen“, „zerstören“ hervorgeht. Sie muss daher eine äussere, mindestens einem unserer Sinne wahrnehmbare, Existenz haben. Wir würden deshalb keine Bedenken tragen, denjenigen wegen Sachbeschädigung zu verurteilen, der einem andren dessen Gas aus Chicane anzündet.

Die fremde Sache kann ferner sowohl eine bewegliche als auch eine unbewegliche sein. Auf die Frage, ob sie geldwert sein müsse, werden wir weiter unten zu sprechen kommen. In § 305 sind die Sachbeschädigungsobjekte näher individualisiert.

Die betreffenden Sachen müssen Bauwerke sein, die in fremdem Eigentum stehen. Beispielsweise nennt das Gesetz Gebäude, Brücken, Dämme, gebaute Strassen, Eisenbahnen.

Bei der Unterschlagung wird wohl ein Rechtsgut, dessen Bestand durch dieses Verbrechen notwendigerweise bedroht würde, gar nicht namhaft gemacht werden können. Es brauchen nämlich zwischen dem Eigentümer und der unterschlagenen Sache thatsächliche Beziehungen, deren Vorhandensein etwa unter den Begriff eines Rechtsguts gebracht werden könnte, gar nicht notwendigerweise zu bestehen. Man denke z. B. an die Unterschlagung eines Schatzes, bei dessen Entdeckung der Staat Mit-eigentümer wurde. Die Beziehung zwischen dem Schatz und dem Staat ist hier lediglich eine rechtliche und dieses Band wird durch die Unterschlagung nicht aufgehoben.

Was den Raub und den Diebstahl betrifft, so muss der Bestohlene bzw. Beraubte zu der Sache in einer solchen Beziehung gestanden haben, dass man nach der That sagen kann, sie sei ihm weggenommen worden. Dieses Verhältnis ist dasjenige Rechtsgut, dessen Verletzung bei den Deliktsthatbeständen wesentlich ist; man nennt es den Gewahrsam. Es besteht in der Möglichkeit, über die Sache thatsächlich und ausschliesslich verfügen zu können, verbunden mit dem Willen diese Herrschaft auszuüben. Mit dieser Begriffsbestimmung schliessen wir uns der Ansicht an, dass zur thatsächlichen Herrschaft auch noch der Herrschaftswille hinzutreten müsse, damit Gewahrsam vorliege. Dieses psychologische Element im Gewahrsamsbegriff verlangt der Gesetzesausdruck „wegnimmt“, denn wir gebrauchen diese Redewendung im Sprachgebrauch des Lebens nicht in den Fällen, in denen es jemandem thatsächlich möglich ist, mit Ausschluss anderer über sie zu verfügen, er aber diese Verfügungsgewalt gar nicht ausüben will. Es ist jedoch nicht erforderlich, dass der Gewahrsamsinhaber von dem Dasein der betreffenden Sache, die er in Gewahrsam hat, Kenntniss besitzt oder weiss, dass sie sich in seinem Gewahrsam befindet. Ich habe zum Beispiel an den einzelnen Sachen, die mir in einem Packet übergeben wurden, Gewahrsam, obwohl ich von deren individuellen Existenz keine Ahnung habe. Ebenso: **Rotering** G. S. Bd. 35, S. 364. **Liszt** S. 394. **Berner** S. 541. Die Verletzung dieses Rechtsguts ist nun allen Arten des Diebstahls und Raubes ge-

meinsam. Hierunter rechnen wir auch den Fall des Mundraubes, der Entwendung von Nahrungs- und Genussmittel etc.; denn „entwenden“ und „wegnehmen“ sind Synonyme.

Man könnte fragen, ob nicht der nächtliche Diebstahl und der Raub zur Nachtzeit die Verletzung des Rechtsgutes des Hausfriedens zur Voraussetzung hätten, weil bei diesen Delikten zum Thatbestand alternativ verlangt wird, dass die Thäter in das bewohnte Gebäude, in dem sie den Diebstahl bzw. Raub ausführen, sich eingeschlichen haben. Der Thatbestand des Hausfriedensbruches besteht nun in dem widerrechtlichen Eindringen in Wohnungen. In den Fällen des Diebstahls und des Raubes zur Nachtzeit ist die Rechtswidrigkeit des Eindringens dagegen kein Thatbestandsmerkmal, wesshalb auch derjenige, der ein Recht zum Eintritt in die betreffende Räume hatte, sich aber aus guten Gründen eingeschlichen hatte, sich diesen Verbrechen schuldig macht.

Man könnte weiterhin die Frage aufwerfen, ob nicht das menschliche Leben oder der menschliche Körper Objekt des Waffendiebstahls und Raubs sei. Aber selbst wenn man mit **Binding** (Normen II S. 551) der weitgehenden Ansicht wäre, dass die betreffend. Verbrechenssubjekte, weil sie bei der Begehung der That Waffen bei sich führen, mit einem eventuellen Tötungs- oder Körperverletzungsvorsatz handeln müssten, so wird man die Frage doch verneinen müssen, denn es ist garnicht erforderlich, dass bei der Begehung eine Handlung sich entwickele, die auf Verletzung dieser Objekte gerichtet ist; man könnte in dieser Beziehung höchstens von Vorbereitungshandlungen sprechen. Und sollte wirklich eine auf Verletzung dieser Objekte hinzielende Handlung bei Begehung der That sich entwickeln, so müssten zur Beurteilung eines derartigen Zusammentreffens von Handlungen noch die Gesetzesbestimmungen über die Tötung oder die Körperverletzung herangezogen werden.

Neben dem Rechtsgut des Gewahrsams ist beim Raub noch die persönliche Freiheit Objekt des Angriffs. Der Räuber muss nämlich mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben die fremde Sache einem andern wegnehmen. Dieses Rechtsgut der persönlichen Freiheit kann man definieren als den Zustand der Nichtbehinderung einer Person, ihrem eignen Willen gemäss

zu handeln oder zu unterlassen (ähnlich **Geyer**. H H). Dieser Zustand wird durch den Raub insofern aufgehoben, als das passive Subjekt durch den räuberischen Angriff — sei es durch psychische, sei es durch physische Mittel — veranlasst wird, die Sache dem Räuber zu überlassen, was sowohl vermittelt einer Unterlassung z. Bsp. durch Nichtbehinderung des Thäters bei der Wegnahme als auch vermittelt einer Handlung z. Bsp. durch Ergreifen der Flucht geschehen kann. Dass die Drohung ernstlich gemeint sei, insbesondere eine wirkliche Gefahr für Leib und Leben entstehe, ist nicht notwendig (u. a. **Olshausen** § 176 Nr. 7 cf. § 249 Nr. 4 c.), wesshalb weitere Verbrechenobjekte hier nicht in Betracht kommen.

Ganz das nämliche wie von Raub ist vom räuberischen Diebstahle zu sagen, 2 Verbrechensthatbestände von denen **Binding** in seinen Normen bezeichnend sagt, beide enthielten dieselben Delikte, nur anders gemischt. (S. 552).

Ein qualifizirter Fall des Raubes liegt vor, wenn beim Raub ein Mensch gemartert oder durch die gegen ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverschwendung oder der Tod verursacht wurde. Wir folgen der überwiegenden Ansicht, wenn wir unter Martern eine absichtliche körperliche Peinigung verstehen. Die entgegengesetzte Auffassung **Buri's**, der hierunter auch Peinigungen der Seele begriffen wissen will, widerspricht dem gemeinen Sprachgebrauch. Notwendiges Objekt des Angriffs ist also in diesem Falle und im Falle der Verursachung einer Körperverschwendung der menschliche Körper. Tritt jedoch, vom räuberischen Angriff verursacht, der Tod ein, so ist neben dem menschlichen Körper das menschliche Leben Angriffsobjekt.

§ 20.

Wenn wir weiterhin untersuchen wollen, ob das Vermögen notwendiges Objekt der von uns in diesem Abschnitte behandelten Delikte sei, so müssen wir vor allen Dingen zwischen 2 Vermögensbegriffen unterscheiden, zwischen dem Vermögen in ökonomischem Sinne und dem Vermögen in juristischem Sinne. Unter ersterem versteht man den Inbegriff von geldwerten Gütern bzw. Geldwerten über die jemand verfügt, unter letzterem den Inbegriff der Vermögensrechte einer Person. (**Dernberg** Pandekten I S. 49. **Birkmeyer** Grundriss § 112. **Birkmeyer** das Vermögen in juristischem Sinne 1879 S. 107).

Da wir nun im § 14 und 13 des ersten Teiles unserer Abhandlung gesehen haben, dass subjektive Rechte — die Fälle der Rechtsvernichtung ausgenommen — durch Zuwiderhandlungen in ihrem Bestande nicht bedroht werden können, so ist es klar, dass das Vermögen in juristischem Sinne nicht notwendiges Objekt der Sachbeschädigung, Unterschlagung sein kann. Wenn trotzdem **Birkmeyer** in seinem Grundriss das Vermögen in juristischem Sinne als das Objekt fraglicher Verbrechen betrachtet, so haben wir in sachlicher Beziehung gegen diesen Sprachgebrauch nichts einzuwenden, wenn er mit ihm nur den Gedanken ausdrücken will, dass ihr Thatbestand — Diebstahl und Raub ausgenommen — notwendigerweise mit Bestandteilen des Vermögens in juristischem Sinn, mit Vermögensrechten, inhaltlich in Widerspruch stände. Wir halten diese Terminologie jedoch nicht für empfehlenswert, weil sie leicht zu der Auffassung verführt, dass diese Delikte Rechtsansprüche vernichteteten bzw. gefährdeten.

Für die andere Frage, ob das Vermögen in ökonomischem Sinne notwendiges Objekt der uns hier interessierenden Verbrechen sei, ist die Feststellung entscheidend, ob denn die dem passiven Subjekte dieser Delikte entzogenen bzw. beschädigten oder zerstörten Sachen Geldwert besitzen müssten. **Merkel** (H H III. S. 634) meint im Hinblick auf den Diebstahl, Entwendungen von Sachen, die keinen realisierbaren Geldwert hätten, zeigten einen andren psychologischen Charakter als der auf Bereicherung gerichtete Diebstahl. Darauf ist zu erwidern: Selbst wenn man annähme, was sehr zu bezweifeln ist, dass die Bereicherungsabsicht Thatbestandsmerkmal des Diebstahls wäre, so wäre doch dadurch nicht ausgeschlossen, dass der Thäter in Bereicherungsabsicht sich Dinge zueigne, die er irrtümlich für geldwerte hielt, während sie thätächlich dies nicht sind.

Auch **John** (Z. I S. 266 cf. 260) verlangt, dass die Sachen Schätzungswert haben, also geldwert seien, indem er behauptet, dass die Vermögensbeschädigung, worunter er sich einen Verlust an Geldwerten vorstellt, selbstverständliches Thatbestandsmoment der Vermögensdelikte wäre. Er sagt: Ein Strafgesetz des Inhalts — wer vorsätzlich das Vermögen eines anderen verletzt, wird u. s. w. bestraft — gäbe es nicht. Die vorsätzliche Vermögensbeschädigung hinge von der Art und Weise ab, wie die Vermögensbeschädigung begangen werde. Hieraus schiene es ihm

aber für die Handhabung der die Vermögensverbrechen betreffenden Strafvorschriften zu folgen, dass wo das Gesetz selbst die Vorsätzlichkeit fremder Vermögensbeschädigung nicht hervorgehoben habe, die vorsätzliche Beschädigung oder Verletzung fremden Vermögens als ein selbstverständliches Thatbestandsmoment des Vermögensdeliktes aufgefasst werden müsse. Es ist klar, dass diese Begründung nicht befriedigen kann, da **John** nur voraussetzt, was zu beweisen ist; er versucht nämlich garnicht zu beweisen, wesshalb denn der Diebstahl, der Raub etc. Vermögensdelikte seien (so auch **Gebauer**, der strafrechtliche Schutz wertloser Gegenstände 1893 S. 53).

Von **Bar** (Magazin für das deutsche Recht der Gegenwart IV. 1 fg.) unterscheidet zwischen Aneignen im juristischen Sinne d. h. Aneignen zum Zweck der Erlangung des bloß abstrakten Eigentumsrechtes und Aneignen im ökonomischen Sinne d. h. Aneignen in der Absicht, sein Vermögen pekuniär zu vermehren. Der Dieb nun wolle sich die Sache nicht juristisch aneignen; dies könne er gar nicht. Seine Absicht ginge auf Aneignen im ökonomischen Sinne. Mit Recht wendet **Gebauer** S. 55 hiergegen ein, der Gegensatz zur Erlangung des bloß abstrakten und formalen Eigentumsrechtes bilde begrifflich die Aneignung der Sache in ihrem ganzen Umfang und Inhalt, um sie zu gebrauchen und sich dienstbar zu machen, was natürlich auch bei nicht geldwerten Sachen möglich sei. Es giebt also Fälle, in denen die Absicht des Thäters weder auf die juristische noch auf die ökonomische Aneignung (im Sinne von **Bar's**) gerichtet ist; für diese Fälle führt **Bar** keinen Beweis, weshalb sie als mögliche Begehungsarten des Diebstahls ausgeschlossen seien.

Hälschner sagt auf Seite 282 des 2ten Bandes seines Strafrechtshandbuches: „Fordert man, dass die Sache Vermögenswert haben müsse, so ist das richtig, bedarf aber der besonderen Ausführung darum nicht, weil die Sache einen solchen Wert, abgesehen von jedem Tauschwert, schon darum hat, weil sie Eigentumsobjekt ist und der Eigentümer sie als die seine haben will.“ Aus diesen Worten geht hervor, dass die Sache nach **Hälschner** keinen Vermögenswert im Sinne von Geldwert haben müsse. Es ist jedoch unrichtig, wenn er seine Ansicht, die Sache müsse wenigstens irgend einen Wert haben, dadurch beweisen will, dass er sagt, die Sache stünde im Eigentum, daher müsse

der Eigentümer sie auch haben wollen. Eine solche subjektive Beziehung zwischen dem Eigentümer und seiner Sache braucht notwendig gar nicht zu bestehen; ich kann Eigentümer einer Sache sein — etwa durch Erbfall — ohne davon etwas zu wissen.

Wir selbst halten jede Sache, die in fremdem Eigentum steht, für ein taugliches Objekt des Diebstahls, des Raubes, der Unterschlagung und Sachbeschädigung. Für diese Ansicht scheint uns vor allen Dingen der Wortlaut des Strafgesetzbuches und die Motive des II. Entwurfes von 1869, aus dem das Strafgesetzbuch entstand, zu sprechen. Dieses erwähnt mit keinem Wort das Erfordernis der Werthhaftigkeit der Sache und jene verneinen, dass die Gewinnsucht Thatbestandsmerkmal des Diebstahls sei, was wegen ihrer Verwandtschaft mit diesen Delikten auch für den Raub, die Unterschlagung und die Sachbeschädigung zu gelten hat (so besonders Meyer S. 619, Berner S. 540, Liszt S. 392, Gebauer S. 58). Dasselbe ist von allen Arten der betreffenden Delikte — mit Ausnahme des § 305 — zu sagen. So begeht zum Beispiel derjenige einen Kirchendiebstahl, der vom Altar eine Hostie, die als einzelne keinen Geldwert besitzt, die der Thäter jedoch für heilkräftig hält, entwendet. Strafbar ist ferner derjenige, der auf einem Eisenbahnhofe eine zum Reisegepäck gehörige Sache stiehlt, die beim Öffnen als eine durch die lange Reise gänzlich verdorbene und unbrauchbare Sache sich herausstellt (Diebstahl an Transportgegenständen). Beim Hausdiebstahl bzw. der Hausunterschlagung müssen Gegenstände von unbedeutendem Werte gestohlen oder unterschlagen werden. Da das Gesetz auch hier nicht zum Ausdruck gebracht hat, dass diese Sachen Geldwert sein müssten, so kann man darunter auch solche von unbedeutendem Gebrauchs- oder Affektionswert verstehen. Endlich wird man auch denjenigen wegen vollendetem Mundraub bestrafen, der vom Eigentümer in dem Moment ertappt wird, wo er auf dessen Kirschbaum klettert und grade eine Kirsche abpflückt. Im Falle des § 305 jedoch handelt es sich um Objekte („Bauwerke“), die ihrer Natur nach immer Geldwert besitzen und da das Gesetz nicht etwa bloß eine Beschädigung, sondern mindestens eine teilweise Zerstörung dieser Objekte zum Thatbestand verlangt, so wird dieses Delikt thatsächlich immer mit

einem Vermögensschaden für den Eigentümer verbunden sein. Notwendiges Objekt des Deliktes im § 305 wäre demnach das Vermögen im ökonomischen Sinne. Für alle anderen uns hier interessierenden Verbrechen kommen wir zu dem gegenteiligen Schlussergebnis: Notwendiges Objekt dieser Delikte ist nicht das Vermögen im ökonomischen Sinne.



ZWEITER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's beim Munitions-Diebstahl, bei der Besitzentziehung, der Gebrauchsanmassung.

§. 21.

In § 291 ist die widerrechtliche Zueignung von — bei den Übungen der Artillerie — verschossener Munition oder von Bleikugeln aus den Kugelfängen der Truppenschiessstände unter Strafe gestellt. Wir betrachten auch hier das Eigentumsrecht als ein notwendiges Objekt dieses Deliktes. Denn nehmen wir den aus thatsächlichen Gründen selten vorkommenden Fall an, der Militärfiskus habe sein Eigentumsrecht an der betreffenden Munition oder an den Bleikugeln, die sich in den Kugelfängen der Truppenschiessstände befinden, aufgegeben, dann ist es nicht einzusehen, aus welchen privatrechtlichen Gesichtspunkten — und auf solche verweist das Gesetz mit dem Ausdruck „widerrechtliche Zueignung“ — eine Zueignung dieser Objekte widerrechtlich sein könnte. Oder 2tens: der Militärfiskus verstattet den Teilnehmern an einer etwa vor einer fremden Fürstlichkeit besonders glänzend ausgeführten Übung die Zueignung einzelner Geschosse als Andenken. Auch diese Zueignung kann auf keinen Fall eine widerrechtliche sein. Dann bleiben als allein mögliche Begehungsarten dieses Deliktes nur noch die Fälle

übrig, dass die Zueignung erfolgt, ohne dass der Militärfiskus sein Eigentum an den Geschossen aufgegeben oder seine Einwilligung in die Zueignung gegeben hat. Diesen Fällen liegt aber der Thatbestand der Eigentumsverletzung notwendigerweise zu Grunde.

Der Mischthatbestand des § 289, die sog. Besitzentziehung, enthält die Verletzung einer ganzen Reihe von Vermögensrechten. Dieses Delikt besteht darin, dass jemand seine eigene bewegliche Sache oder eine fremde bewegliche Sache zu Gunsten des Eigenthümers derselben dem Nutzniesser, Pfandgläubiger oder Demjenigen, welchem an der Sache ein Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrecht zusteht, in rechtswidriger Weise wegnimmt. Da allen diesen Vermögensrechten der Anspruch eigentümlich ist, dass niemand ihnen die Ausübung ihrer Rechte dadurch störe, dass er ihnen die fragliche Sache ohne ihren Willen wegnehme, so liegt in jedem einzelnen Falle der Besitzentziehung eine Verletzung des betreffenden Rechtes vor. Dass aber thatsächlich in jedem einzelnen Falle die Wegnahme ohne den Willen der Berechtigten erfolgen muss, geht daraus hervor, dass das Gesetz sich der Ausdrucksweise, die Sache müsse „dem Nutzniesser etc.“ weggenommen werden, bedient. Der Thatbestand des § 289 liegt also beispielsweise dann nicht vor, wenn der Berechtigte in die Wegnahme der Sache einwilligt, weil der Thäter ihm vorspiegelt, er wolle sie reparieren lassen. Die Frage nach der Natur dieser einzelnen Rechte lässt sich nicht einheitlich beantworten; hier sind die Bestimmungen des einschlägigen Civilrechts massgebend. Richtig ist, wenn **Oppenhoff** ad § 289 Nr. 6 und **Olshausen** ad § 289 Nr. 5 unter Gebrauchsrechten nicht nur dingliche, sondern auch persönliche Rechte, wie z. B. das Mietrecht, verstanden wissen wollen.

Der § 290 bestraft öffentliche Pfandleiher, wenn sie Gegenstände, welche von ihnen in Pfand genommen wurden, unbefugt in Gebrauch nehmen. Unbefugt nimmt nun der Pfandleiher diese Objekte dann in Gebrauch, wenn er dies ohne den Willen des Verpfänders oder sonstige Rechtsbefugnis thut. Daher verletzt der Pfandnehmer in jedem einzelnen Fall des § 290 notwendigerweise das Vertragsrecht des Verpfänders aus dem Faustpfandvertrag, das auf Unterlassung dieser Handlungen sich richtet.

§ 22.

Es fragt sich, ob wie beim Diebstahl so auch beim Munitionsdiebstahl eine notwendige Verletzung des Gewahrsams zum Thatbestand des Deliktes gehöre. Liszt (S. 407) meint, wenn der Gewahrsam wie etwa bei dem in geschlossenen Schiessplätzen oder Kugelfängen befindlichen Material völlig erhalten bleibe, so sei § 242, nicht §. 291, anzuwenden. Ebenso wenig sei der § 291 dann anzuwenden, wenn der Gewahrsam völlig verloren gehe, wie bei Übungen auf offenem Wasser. Munitionsdiebstahl läge nur dann vor, wenn weder der Gewahrsam völlig erhalten noch völlig verloren gegangen wäre. Das kennzeichnende Merkmal, welches (abgesehen von dem engbegrenzten Gegenstande) dieses Vergehen von dem Diebstahl unterscheidet, läge in der eigentümlichen Gestaltung der Verfügungsgewalt, welche den Truppen über die im § 291 genannten Gegenstände zustehe. Diese bestehe darin, dass der Gewahrsam bis zur äussersten Grenze gelockert werde, ohne gänzlich verloren zu gehen. Woraus dies jedoch hervorgehen soll und was man unter „gelockertem“ Gewahrsam sich vorzustellen hat, ist unerfindlich. Wir sind daher der Ansicht, dass in allen Fällen widerrechtlicher Zueignung der fraglichen Objekte, ob man nun im einzelnen Fall sagen kann, die Truppen hätten Gewahrsam oder keinen Gewahrsam an ihnen besessen, Munitionsdiebstahl anzunehmen ist, weil eben das Strafgesetz alle Fälle widerrechtlicher Zueignung ohne Ausnahme mit der Strafe des § 291 bedroht. Aus diesem Grunde also ist uns der Gewahrsam kein wesentliches Objekt des Munitionsdiebstahls.

Bei der Besitzentwendung muss die Sache „dem Nutzniesser etc.“ weggenommen werden. Es scheint also auch hier wie beim Diebstahl die Verletzung des Gewahrsams wesentliches Erfordernis zu sein. Für die Fälle der Verletzung von Niessbrauchsrechten, Pfandrechten und Gebrauchsrechten wird man wie beim Diebstahl wegen des gesetzlichen Wortlautes dieser Ansicht sein müssen. Im Falle der Verletzung des Zurückbehaltungsrechtes des Vermieters stehen jedoch gewichtige praktische Bedenken dieser Folgerung entgegen. Wäre nämlich die Gewahrsamsverletzung auch hier notwendiges Erfordernis, so wäre in den meisten Fällen des täglichen Lebens der Schutz dieses Zurückbehaltungsrechtes rein illusorisch; denn nur in den

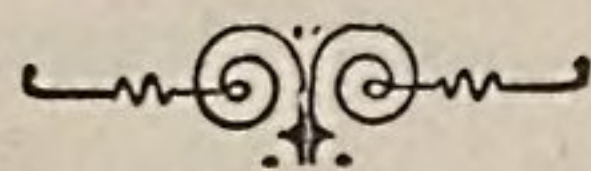
allerseltensten Fällen kann man das Verhältnis des Vermieters zu den Objekten des Mieters ein Gewahrsamsverhältnis nennen. Man wird daher mit dem Reichsgericht, **Liszt** u. a. der Ansicht sein müssen, dass die Fortbringung der Mobilien gegen den ausdrücklichen oder aus den Umständen zu entnehmenden Willen des Vermieters „Wegnahme“ sei.

§ 23.

Es bedarf nur eines kurzen Hinweises darauf, dass das Vermögen in juristischem Sinne nicht Objekt des Munitionsdiebstahls und der Gebrauchsanmassung ist, denn es leuchtet ein, dass weder der Militärfiskus noch der betreffende Pfandgeber in seinen Rechten an der Munition bzw. an den Pfändern verkürzt wird. Dies gilt auch für die Fälle der Verletzung von Niessbrauchsrechten, Pfand- und Gebrauchsrechten durch Besitzentwendung. Dagegen stellt sich die Verletzung des Retentionsrechtes durch Besitzentwendung als ein Eingriff in das Vermögen im juristischen Sinne dar, weil das Retentionsrecht seiner Natur nach durch Verbringung der zurückbehaltenen Sachen erlischt.

Was nun die Verletzung des Vermögens im ökonomischen Sinne anlangt, so wird der Munitionsdiebstahl wegen des Metallgehaltes der verschossenen Munition immer eine — wenn auch geringfügige — Vermögensbeschädigung (im ökonomischen Sinne) des Militärfiskus nach sich ziehen. Man muss jedoch **Gebauer** (§ 62) zustimmen, wenn er sagt: „Würde aber gegebenen Falles eine verschossene, plattgedrückte Bleikugel nicht mehr den Wert auch nur eines Pfennigs haben, so zweifeln wir nicht, dass auch die Entwendung dieser Kugel strafbar sein würde.“ Auch der Besitzentziehung ist die Richtung gegen das Vermögen im ökonomischen Sinne weder in subjektiver noch objektiver Beziehung wesentlich: Nehmen wir den Fall an, der Eigentümer hege ein grosses Affektionsinteresse für seine Sache, die sich in den Händen eines Niessbrauchsberechtigten befindet, der gleichfalls der Sache einen Affektionswert beilegt. Nun geht der Eigentümer hin und nimmt sich die Sache. Als Ersatz lässt er jedoch eine andere Sache derselben Art zurück, die einen höheren Geldnutzen als die entzogene abwirft. In diesem Falle sind alle Thatbestandsmerkmale des § 289 gegeben; auch die rechtswidrige Absicht fehlt nicht, weil

der Thäter die Sache wegnahm, um das an der fraglichen Sache bestehende individuelle Niessbrauchsrecht zu vereiteln. Ganz ebenso verhält es sich, wenn ein Gebrauchsrecht verletzt wird. Aber auch bei den Angriffen auf Pfand- und Zurückbehaltungsrechte braucht weder die Absicht auf Verkürzung des im Hintergrund stehenden Forderungsrechts gerichtet zu sein (**Olshausen** § 269 Nr. 11) noch eine Gefahr der Verkürzung herbeigeführt zu sein. Noch weniger verlangt schliesslich der Thatbestand des § 290 eine ökonomische Vermögensbeschädigung. Wenn auch die betreffenden Pfandsachen, weil der Pfandleiher Geld dafür ausleiht, immer Geldwert besitzen müssen, so braucht ja doch die Sache selbst durch die Benutzung nicht minderwertig geworden zu sein.



DRITTER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's bei den Jagd- und Fischereidelikten.

§. 24.

Der § 292 bedroht die Ausübung der Jagd an solchen Orten, an denen zu jagen der Thäter nicht berechtigt ist, mit Strafe. Bei diesem Wortlaut des Gesetzes könnte es zweifelhaft sein, ob auch derjenige, der mit Einwilligung des Jagdberechtigten die Jagd ausübt — etwa weil er sich mit einer jagdpolizeilichen Bestimmung in Widerspruch setzt — gegen § 292 verstossen könnte, und 2tens ob dies der Fall ist, wenn jemand an Orten jagt, wo gar kein Jagdrecht besteht, wie z. B. am Meeresstrand von Schleswig (**Olshausen** § 292 Nr. 9). Gelöst werden diese Zweifel durch die Beantwortung der Frage, ob die Verletzung des Jagdrechts den Delikten des § 292 fg. wesent-

lich sei. In dieser Beziehung scheint uns der Ausspruch des preussischen Oberappellationsgerichts in seinem Erkenntnis vom 1. November 1871 (**Stenglein**, Zeitschrift für Gerichtspraxis. I. S. 103) entscheidend zu sein. Er lautet: „Grade daraus, dass eine Verfolgung aus § 292 nur auf Antrag eintreten soll, ergibt sich, dass, wenn sonst auch die Worte eine weiter gehendere Auslegung finden könnten, dasselbe nur von einem Eingriff in fremdes Jagdrecht zu verstehen sei, wobei der in seinem Jagdrecht Verletzte als antragsberechtigt auftritt.“ Durch die Strafgesetznovelle von 1876 wurde zwar dies Antragserfordernis auf die Fälle beschränkt, in denen der Thäter ein Angehöriger des Jagdberechtigten ist, aber hierdurch wurde ja am Thatbestand des Deliktes selbst nichts geändert.

Aus denselben Gründen ist auch bei den Fischereidelikten des § 370 Nr. 4 und (dessen qualifizierten Fall) § 296 das Fischereirecht als notwendiges Objekt dieser Vergehen anzusehen. In diesen Fällen wurde vor dem Inkrafttreten der Strafgesetznovelle von 1876 gleichfalls nur auf Antrag verfolgt; die Novelle änderte dies, indem sie das Antragserfordernis für alle Fälle beseitigte.

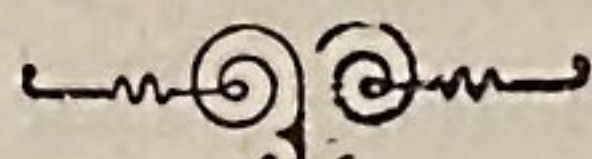
§ 25.

Da die Thätigkeit des Jagdfrevlers auf Erlangung des innerhalb eines fremden Jagdgebiets befindlichen Wildes gerichtet ist, so kann man als das Rechtsgut, dessen Verletzung den Jagdvergehen eigentümlich ist, den Wildbestand des fremden Jagdgebietes nennen. Der Umfang dieses Angriffsobjektes ist verschieden, je nachdem das einschlägige Landesrecht den Kreis der jagdbaren Tiere enger oder weiter fasst. Jedenfalls aber umschliesst dieser Wildbestand, dessen Integrität durch die Delikte des § 292 fg. bedroht ist, nicht die Eier oder Jungen von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln, deren Occupation in § 368 unter eine besondere Strafnorm gestellt ist.

Dementsprechend ist das Rechtsgut, das durch die Fischereidelikte § 370 Nr. 4 und 296 verletzt wird, der Fisch- und Krebsbestand des dem Fischereirecht unterworfenen Wassergebietes. Den Umfang dieses Rechtsgutes müssen diejenigen weiterziehen, die zu den Okjekten der strafbaren Fischerei auch andere Wassertiere als Fische und Krebse zählen. **Olshausen**

ist § 296 a Nr. 3 der Ansicht, Gegenstände des Fischens seien an sich alle Fische und sonstige Wassertiere, die überhaupt Verwendung finden. Für die weitere Auslegung spräche der allgemeine Sprachgebrauch, der „fischen“ keineswegs auf das Fangen von Fischen beschränke; hiernach kämen namentlich Krebse, sowie Austern und Seemuscheln in Betracht. Dem gegenüber ist Folgendes zu bemerken: Das Strafgesetzbuch fasst den Begriff des Fischens enger als **Olshausen** annimmt. So unterscheidet es im § 370 Nr. 4 das Fischen vom Krebsen, indem es von unberechtigtem Fischen oder Krebsen spricht. Das ist ein Beweis dafür, dass es die Krebse nicht unter die Objekte des Fischens zählt. In § 296 Abs. 1 spricht es weiterhin von Ausländern, die unbefugt fischen, im Absatz 2 von „Einziehung der im Fahrzeug enthaltenen Fische“. Verstände das Strafgesetzbuch unter Fischen die Okkupation auch anderer Wassertiere, so müsste es doch im Absatz 2 auch deren Einziehung anordnen, denn soweit geht doch der allgemeine Sprachgebrauch nicht, dass man auch andere Wassertiere als „Fische“ bezeichnet. Gleichwohl will **Liszt** S. 424 unter diesen Fischen „Fische“ in weiterem Sinne verstanden wissen. Auf demselben Standpunkt wie wir — wenigstens für die §§ 296 und 370 Nr. 4 — steht auch **Hälschner** (Bd. II S. 342).

Als Rechtsgut, das der § 296 a vor Verletzungen durch Ausländer schützt, ist endlich noch der nationale, den inländischen Fischern vorbehaltene, Fischbestand der Küstengewässer zu nennen.



VIERTER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's bei den Fällen des strafbaren Vertragsbruchs.

§ 26.

Nach § 297 ist derjenige Reisende oder Schiffsmann zu bestrafen, welcher ohne Vorwissen des Schiffers, ingleichen der Schiffer, welche ohne Vorwissen des Rheders Gegenstände an

Bord nehmen, welche das Schiff oder die Ladung gefährden, indem sie die Beschlagnahme oder Einziehung des Schiffes oder der Ladung veranlassen können. Diesem Mischthatbestand ist die Verletzung folgender Vertragsrechte eigentümlich. 1) Der Reisende, der sich dieses Deliktes schuldig macht, verstösst gegen die Vertragsrechte des Verfrachters aus dem Überfahrtsvertrag, indem er die ihm in § 674 Abs. 3 cf. 564 des Handelsgesetzbuches auferlegte Vertragspflicht verletzt, die ihm verbietet, Kriegskontrebande oder Güter zu verladen, deren Ausfuhr oder Einfuhr in den Bestimmungshafen untersagt ist oder Gegenstände zu verladen, bei deren Abladung die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Polizei-, Steuer- und Zollgesetze, übertreten werden. 2) Ist der Thäter ein Schiffsmann, so verfehlt er gegen die Vertragsrechte aus dem Dienstvertrag zwischen diesem und dem Schiffer; nach § 75 der Seemannsordnung darf er nämlich keine Güter ohne Vorwissen des Schiffers an Bord bringen oder bringen lassen. 3) Macht sich der Schiffer einer Zuwiderhandlung gegen die Vertragsrechte des Rheders schuldig, wenn er im Widerspruch mit der für ihn im § 478 cf. 470 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches aufgestellten Pflicht zur Sorgfalt eines ordentlichen Schiffers Kontrebande mit an Bord nimmt.

Eine Verletzung von Rechten aus dem Heuervertrag bildet den Thatbestand des § 298. Diese Verletzung kann auf zweierlei Weise geschehen. Sie liegt 1) vor, wenn der Schiffsmann mit der Heuer entläuft und 2) wenn er sich verborgen hält, um dem übernommenen Dienste sich zu entziehen.

Ein 3ter Fall des Vertragsbruchs wird durch § 329 normiert. Es handelt sich hier um die Verletzung von Lieferungsverträgen bestimmter Art. Die Lieferungsverträge müssen nämlich mit einer Behörde abgeschlossen worden sein und sich entweder auf die Lieferung von Bedürfnissen des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Krieges oder auf die Lieferung von Lebensmitteln zur Abwendung oder Beseitigung eines Notstandes beziehen. Die Verletzung der betreffenden der Behörde aus dem Vertragsabschluss erwachsenden Vertragsrechte kann nun entweder darin bestehen, dass nicht zur bestimmten Zeit oder darin, dass nicht in der vorbedungenen Weise erfüllt wurde. Die fahrlässige Nichterfüllung ist jedoch nur dann

strafbar, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht wurde.

§ 27.

Die Gegenstände, die im Falle des § 297 strafbarerweise an Bord genommen werden, müssen derartig beschaffen sein, dass sie die Beschlagnahme oder Einziehung des Schiffes oder der Ladung veranlassen können: Da nun aber durch die Einziehung des Schiffes oder der Ladung den Eigentümern dieser Güter geldwerte Gegenstände entzogen werden, so richtet sich dieses Delikt offenbar dann gegen das Vermögen in ökonomischem Sinne, wenn die Kontrebande geeignet ist, eine derartige Massregel zu veranlassen. Aber auch in dem Fall, dass die Kontrebande eine Beschlagnahme des Schiffes oder der Ladung herbeiführen kann, liegt gleichfalls eine Gefährdung des Vermögens im ökonomischen Sinne vor, weil diese Massnahme die betreffenden Eigentümer für fremdes Verschulden mit Bestandteilen ihres Vermögens haftpflichtig macht. (Birkmeyer § 128.)

Das Rechtsgut, dessen Verletzung dem Delikte des § 329 Abs. 1 wesentlich wäre, ist nicht etwa „die kriegerische Stärke des Staates während des Kriegs“ (Binding). Dieses kann möglicherweise durch die Nichterfüllung des Lieferungsvertrages geschädigt oder gefährdet sein, notwendig ist eine derartige Schädigung oder Gefährdung nicht, weil beispielsweise an Ort und Stelle durch Eintreffen unerwarteter Sendungen grade Überfluss an den fraglichen Gegenständen besteht. Ebenso wenig ist es notwendig, dass durch das Ausbleiben der Lieferung Menschenleben gefährdet oder verletzt sein müssten. Auch in subjektiver Beziehung brauchen derartige Übel nicht beabsichtigt zu sein.

Die fahrlässige Nichterfüllung wird — wie wir oben bereits bemerkt — nur dann bestraft, wenn durch sie ein Schaden herbeigeführt wurde. Das Gesetz spezialisiert nun diesen Schaden nicht näher; wir verstehen daher nicht, warum Geyer (Grundriss II. S. 120) und Liszt (S. 482) darunter nur den Schaden verstanden wissen wollen, der darin besteht, dass Bedürfnisse des Heeres unbefriedigt bleiben oder dass der Notstand nicht abgewendet bzw. nicht beseitigt wird. Wir meinen mit Olshausen (ad § 329 Nr. 6 Abs. 3), dass dieser Schaden jeglicher

Art sein könne. Wird also beispielsweise durch das Ausbleiben der Lieferung die betreffende Behörde zum Abschluss von für sie ungünstigeren Lieferungsverträgen gezwungen, so ist in diesem Falle das verletzte Rechtsgut das Vermögen im ökonomischen Sinne. Ein Rechtsgut jedoch, dessen Gefährdung oder Verletzung allen einzelnen Fällen dieses Deliktes eigentümlich wäre, giebt es nicht.

Dem Bruche des Heuervertrages ist gleichfalls weder in subjektiver noch in objektiver Beziehung die Richtung gegen das Vermögen im ökonomischen Sinne wesentlich. Es ist beispielsweise der Thatbestand dieses Deliktes völlig gegeben, wenn ein Schiffsmann, der einen Heuervertrag auf die Zeit eines Jahres abgeschlossen hat, bereits nach Ablauf des ersten Dienstmonats, für den er die Monatsheuer empfing, sich dem Dienste entzieht. (Olshausen § 298 Nr. 2 Abs. 3). Wir setzen dabei voraus, dass sofortiger Ersatz durch gleich hoch bezahlte Arbeitskräfte vorhanden ist.



FÜNFTER ABSCHNITT.

Die Erörterung des Thema's beim Betrug.

§ 28.

Die Verletzung von Vermögensrechten ist auch beim Betrug kein wesentliches Erfordernis. Der Grund hierfür liegt darin, dass ein Vermögensrecht, dem der Anspruch eigentümlich wäre, dass niemand auf betrügerischem Wege das Vermögen des betreffenden Rechtssubjektes beschädige, nicht existiert. Nichtsdestoweniger ist jedoch der Betrugsthatbestand von eminenter Bedeutung für das Civilrecht; seine Natur liegt jedoch nicht darin, dass er bestimmten Vermögensrechten zuwiderläuft, sondern

darin, dass er vermögensrechtliche Ansprüche ins Leben ruft. Man denke an die Rescissions- und Differenzklage. Ebenso wenig ist es etwa beim Versicherungsbetrug erforderlich, dass der Thäter durch sein verbrecherisches Verhalten die Rechte des Versicherers aus dem Versicherungsvertrag verletze, denn auch ein anderer als der Versicherte, der gar keine Vertragspflichten übernommen hat, kann die That begehen, weil er dem Versicherten die Versicherungssumme zuwenden mögte. (Liszt S. 446.)

§ 29.

Das Gesetz verlangt zum Thatbestand des Betruges, dass eine Vermögensbeschädigung durch die Irrtumserregung verursacht werde und verweist damit auf das Rechtsgut, dessen Verletzung diesem Verbrechen eigentümlich ist: das Vermögen. Um über diesen Begriff zur Klarheit zu kommen, bedarf es einer Verdeutlichung des Begriffs der Vermögensbeschädigung. Die subjektive Theorie, die früher bisweilen auch vom Reichsgericht vertreten wurde, stellt den Grundsatz auf, für die Beurteilung der Frage, ob eine Vermögensbeschädigung vorliege, sei lediglich das individuelle Interesse des Beschädigten massgebend, sie sei also beispielsweise dann gegeben, wenn jemand ein Objekt erwirbt, das er nicht erworben hätte, wenn er nicht getäuscht worden wäre, (vergl. Stenglein G. S. 40, S. 86).

Diese Ansicht verleugnet jedoch den „natürlichen Wortsinn“ (Merkel H H III. S. 758) des Ausdrucks „Vermögensbeschädigung“ (so auch Hälschner II. S. 252, Anm. 2). Wir sprechen nur dann von Vermögensbeschädigung, wenn der Verletzte Einbusse an Geldwerten erlitten hat. Deshalb ist auch die Definition der Vermögensbeschädigung, wie das Reichsgericht im Beschluss der vereinigten Strafsenate vom 20ten IV. 87 (Entscheid. Bd. 16, S. 3) aufgestellt hat, zu billigen. Sie lautet: Vermögensbeschädigung ist „die dem Getäuschten nachteilige Differenz zwischen dem Geldwert, welchen dessen Vermögen nach und in Folge der durch die Täuschung hervorgerufenen Verfügung tatsächlich hatte und dem Geldwert, den es gehabt hätte, wenn die Täuschungshandlung nicht vorgekommen wäre.“ Gegen diese Nichtberücksichtigung des Affektionswertes bei Beurteilung der Frage nach der Vermögensbeschädigung wendet sich jedoch Stenglein (G. S. XL. S. 110). Es müsse mindestens eine andre als richtig

anerkannte Regel zur notwendigen Berichtigung jenes Satzes zu Hilfe genommen werden, nämlich die unbedingte Erfüllungspflicht eingegangener Verpflichtungen. Er führt folgenden Fall an: Wenn jemand ein Familiengut besitzt, das für ihn einen weit höheren Affektionswert hat als der Rente oder Schätzung entspricht und er entschliesst sich zum Verkauf nur wegen eines den Affektionswert erreichenden, effektive Wertanschläge übersteigenden Angebots, so werde der Käufer, der falsche Banknoten oder andere Zahlungsmittel an Zahlungstatt gab, welche in Folge von Täuschung einen höheren Wert zu haben scheinen, als in Wahrheit der Fall, z. Bsp. Hypotheken, deren Sicherheit unwahr dargestellt wurde, sich nicht darauf berufen können, dass die reellen Zahlungen den wahren Wert des Gutes immer noch erreichen.“ Dagegen ist zu bemerken, dass **Stenglein** keine einleuchtenden Gründe dafür beibringt, warum jener civilrechtliche Gesichtspunkt in der hier interessierenden Frage relevant sein soll. Was jedoch das angeführte Beispiel anlangt, so sehen wir nicht ein, warum in diesem Falle lediglich eine Schädigung in einem Affektionswert vorliegen soll? Liegt nicht darin, dass die beim Verkauf entstandene Forderung des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises, welche — die nötige Sicherheit vorausgesetzt — einen Vermögenswert in der Höhe des Kaufpreises repräsentiert, durch die minderwertige und betrügerische Leistung an Zahlungsstatt erlischt, ohne dass der entsprechende Wert in das Vermögen des Verkäufers einfluss — liegt darin keine ökonomische Vermögensschädigung? Aber gesetzt auch die rechtliche Situation lasse sich so denken, dass thatsächlich nur eine Schädigung in einem Affektionswerte vorliege, so müssen wir immer wieder den Finger auf die Gesetzesstelle legen: das Gesetz spricht von einer Vermögensschädigung; Affektionswerte rechnen wir aber nicht bei einer Schätzung desselben in unser Vermögen ein, also kann auch in der Schädigung in einem Affektionswert keine Vermögensschädigung liegen.

Wir kommen nach dieser Abschweifung zu unserer Hauptfrage: Was hat man sich unter diesem Vermögen, das nach der Fassung des Betrugsparagraphen notwendiges Objekt der Beschädigung ist, eigentlich vorzustellen? Man könnte der Ansicht sein, dass darunter das Vermögen in juristischem Sinne zu verstehen sei. In den meisten Fällen wird nun allerdings im Ver-

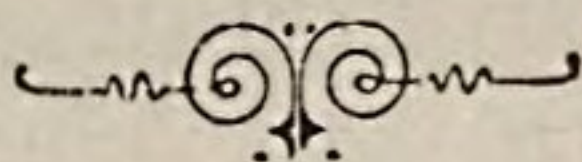
mögen (in juristischem Sinne) des Betrogenen eine Veränderung sich vollziehen, indem Rechte ausscheiden z. Bsp. es giebt jemand, durch falsche Vorspiegelung veranlasst, ein Almosen, aber dies ist kein notwendiges Erfordernis des Betrugsthatbestandes, denn Betrug kann auch dann gegeben sein — wie wir weiter unten sehen werden, wenn jemand durch Vorspiegelung falscher Thatsachen etc. einem andren Vermögenswerte entzieht, die dieser gar nicht rechtlich beherrscht z. Bsp. eine Kundschaft. Aber auch schon an sich verbinden wir mit dem Begriffe der Vermögensschädigung gar nicht die Vorstellung einer Veränderung des Vermögens in juristischem Sinne. Beispiel: Wenn uns durch Zufall eine kostbare Sache beschädigt wurde und ihr Geldwert deswegen gesunken ist, sagen wir, wir hätten eine Vermögensbeschädigung erlitten, obwohl das Eigentum an der Sache vollständig intakt geblieben ist. Ferner werden im Strafgesetzbuch sich keine Stellen auffinden lassen, die dafür sprechen, dass es im § 263 über „Vermögen“ das Vermögen im juristischen Sinne verstanden wissen wolle. Dagegen geht aus § 266 Nr. 2 hervor, dass ihm ein andrer Vermögensbegriff geläufig ist. Dort heisst es: Bevollmächtigte, welche über Forderungen und andere Vermögensstücke des Auftraggebers etc. verfügen. Es ist bezüglich dieser Gesetzesstelle unbestritten, dass zu diesen Vermögensstücken d. h. Bestandteilen des Vermögens des Auftraggebers auch körperliche Sachen zu zählen sind, was nicht möglich wäre, wenn das Strafgesetzbuch in diesem Paragraphen unter Vermögen einen Inbegriff von Vermögensrechten verstände. Gleichwohl hält das Reichsgericht bei Beurteilung des Betruges an dem Begriffe des Vermögens in juristischem Sinne fest; es versteht darunter „die Gesamtheit der vermögensrechtlichen Beziehungen einer Person, sowohl der aktiven als auch der passiven als ein Ganzes gedacht“. Thatsächlich ist jedoch das Reichsgericht von dieser Begriffsbestimmung bereits abgewichen, indem es z. Bsp. in der Entscheidung vom 28ten Februar 82 (E. VI. 76) die Kundschaft als einen „Vermögenswert, der aus dem sicheren Absatz hervortrete“ bezeichnet, obwohl man doch hier von „vermögensrechtlichen Beziehungen“, die dieser Vermögenswert repräsentierte nicht sprechen kann.

Nach unserer Auffassung ist das Vermögen im ökonomischen Sinne notwendiges Objekt des Betruges, weil das Charakteristische

dieser Verbrechenshandlung darin besteht, dass — was auch aus der Definition der Vermögensbeschädigung, die das Reichsgericht aufgestellt hat, hervorgeht — dem Betrogenen Vermögens- d. h. Geldwerte entzogen werden. Wir verstehen unter Vermögen in ökonomischem Sinne — wie wir bereits im Abschnitt I § 3 auseinander gesetzt haben — einen Inbegriff von Geldwerten, über die jemand verfügt. Beim Betrug wird nun aber die Frage brennend, ob dieser Begriff nicht auf diejenige Summe von Werten einzuschränken sei, über die das Vermögenssubjekt zugleich auch eine rechtliche Herrschaft ausübt, ob — anders ausgedrückt — denn Betrug auch dann vorläge, wenn jemand einem anderen auf betrügerische Weise Vermögenswerte entzieht, die diesem nur thatsächlich zur Verfügung stehen. **Gebauer** übergeht in seiner Schrift „der strafrechtliche Schutz wertloser Gegenstände“ S. 13 diese Frage. Er definiert das Vermögen im strafrechtlichen Sinne als „den Inbegriff (bezw. den sich als einheitliche Summe darstellenden objektiven Geldwert) aller jemand zustehenden geldwerten Güter“, nachdem er vorher (im Anschluss an **Neumann**) zwischen dem Vermögen, das aus thatsächlich jemand zustehenden geldwerten Gütern und einem solchen, das aus rechtlich jemand zustehenden geldwerten Gütern scharf unterschieden hatte. Dagegen drückt sich **v. Meyer** (S. 710) sehr klar aus, wenn er sagt, der Beschädigte brauche kein Recht an der Sache, die ihm betrügerischer Weise entzogen wurde, zu haben; auch die betrügerische Erlangung einer rechtswidrig besessenen, ja gestohlenen Sache sei Betrug. Anderer Ansicht ist **Merkel** in seinen kriminalistischen Abhandlungen II. S. 101 (1867): Eine Entziehung von Vermögensobjekten, auf deren Besitz der andere kein Recht habe, könne den Thatbestand des Betrugs nicht herstellen. Er begründet diese Auffassung damit, dass er sagt, zum Betrug gehöre ein Eingriff in fremde Vermögensrechte. Dies wäre jedoch erst zu beweisen. Wir können **Merkel** in dieser Ansicht nicht folgen und schliessen uns aus folgendem Grunde **v. Meyer** an. Das Strafgesetzbuch verwertet bei einigen Verbrechensbegriffen den Begriff des „rechtswidrigen Vermögensvorteils“ z. B. bei der Erpressung. Nehmen wir nun an, A habe den B durch Drohungen veranlasst, ihm den Brillantring des C, den B in Verwahrung hat, herauszugeben. In diesem Falle läge also

Erpressung vor und dieser Brillantring würde nach dem Sprachgebrauch des Gesetzes als ein rechtswidriger Vermögensvorteil des A sich darstellen. Nun kommt D zu A und zeigt ihm eine Brosche, deren Steine er als echte Smaragden bezeichnet, während sie thatsächlich gefälscht sind. Durch diese Vorspiegelungen bewegt er den A, den Brillantring gegen die ganz geringwertige Brosche umzutauschen. War nun aber dieser Brillantring ein Vermögensvorteil für den A, so muss man folgerichtig den Verlust dieses Ringes als einen Vermögensnachteil d. h. eine Vermögensbeschädigung bezeichnen und D wäre wegen Betrugs zu bestrafen. Mit diesem Beispiele glauben wir bewiesen zu haben, dass auch die betrügerische Erlangung von geldwerten Sachen, auf die der Betrogene kein Recht hat, den Thatbestand des Betruges erfüllt.

Dass schliesslich auch beim Versicherungsbetrug das Vermögen in ökonomischem Sinne Objekt des Angriffs ist, bedarf keiner längeren Untersuchung. Es liegt auf der Hand, dass die Thätigkeit des Verbrechers sich darauf richtet, dem Vermögen des Versicherers die Versicherungssumme zu entziehen.



SECHSTER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's bei der Erpressung.

§ 30.

Die Frage, ob Vermögensrechte durch die Erpressung verletzt werden, ist in derselben Weise wie beim Betrug verneinend zu beantworten. Auch hier liegt der Grund dafür darin, dass es kein Vermögensrecht giebt, dem der Anspruch eigentümlich wäre, dass niemand das betreffende Rechtssubjekt durch Gewalt oder

Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung betreffs Erlangung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils nötige.

Was die Verletzung von Rechtsgütern bei der Erpressung anlangt, so haben die einfache Erpressung, die erschwerte und die räuberische Erpressung mit der Nötigung dasselbe Objekt gemeinsam durch Gewalt oder Drohung wird das passive Subjekt dieser Delikte zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung gezwungen. Wie beim Raub und räuberischen Diebstahl liegt also auch hier ein Angriff auf die persönliche Freiheit vor, die wir im § 19 als den Zustand der Nichtbehinderung einer Person, ihrem eignen Willen gemäss zu handeln oder zu unterlassen bezeichnet haben. Die räuberische Erpressung kann nun sowohl durch Gewalt gegen eine Person als auch unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben begangen werden. Dass diese Drohungen eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben begründeten, halten wir auch hier wie beim Raub nicht für notwendig. Nach unserer Auffassung liegt beispielsweise der Versuch einer räuberischen Erpressung vor, wenn der A die Pistole des B die — wie dieser letztere weiss — gar nicht geladen ist, von der Wand nimmt und A mit den Worten „Ich schiesse Sie auf der Stelle nieder, wenn Sie mir nicht sofort 1000 Mk. geben“ bedroht. Da die einfache und die räuberische Erpressung alternativ auch durch Gewalt begangen werden kann, so könnte man meinen, es werde zum Thatbestand auch eine Einwirkung auf die Körperintegrität verlangt. Das ist jedoch nicht der Fall, da dieser gewaltsame Angriff beispielsweise auch durch Freiheitsberaubung z. Bsp. Einsperrung erfolgen kann.

Für die Frage, ob das Vermögen in ökonomischem Sinne Objekt der Erpressung sei, ist es von Wichtigkeit, über den Begriff des rechtswidrigen Vermögensvorteils sich Klarheit zu verschaffen. Die überwiegende Ansicht versteht hierunter mit den Motiven einen Vermögensvorteil, auf welchen der Thäter keinen Anspruch hat. Wir können dieser Begriffsbestimmung nicht beipflichten, weil sie dem natürlichen Wortsinn des Ausdrucks „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ zuwiderläuft. Was will denn dieses Adjektiv „rechtswidrig“ besagen? In welchem Verhältnisse dieser Vermögensvorteil zu dem Erpresser bzw. zu dem Dritten stehe? Dieser Sinn steckt gar nicht in diesem Wort. Wohl aber charakterisiert es das Verhältniss, in dem der Vermögens-

vorteil zum Rechte steht. Er sagt aus, dass er im Widerspruch mit rechtl. Grundsätzen sich befindet. Dieses Verhältnis ist nun aber dann gegeben, wenn der Vermögensvorteil von dem Gewährenden im Wege des Rechts zurückverlangt werden kann. (Frank, Zeitschrift für die ges. Strafrechtswissenschaft Bd. 14 S. 399. Waag G. S. III.) Nun ist es aber klar, dass jemand nur dann einen Anspruch auf Rückgewährung eines Vermögenswertes haben kann, wenn er ihm auf eine den privatrechtlichen Grundsätzen widersprechende Weise entzogen wurde. Da nun aber die erpresserische Handlung das Mittel zur Erlangung dieses Vermögenswertes ist, so leuchtet ein, dass die Erpressung notwendigerweise gegen das Vermögen und zwar, da es sich hier um Geldwerte handelt, gegen das Vermögen in ökonomischem Sinne gerichtet ist. Bei einzelnen Fällen könnten Zweifel aufsteigen, ob dieses letztere wirklich Objekt der Erpressung sei. Liegt denn z. Bsp. dann eine Vermögensschädigung vor, wenn A dem Maler B droht, er werde ihn bei der Staatsanwaltschaft wegen eines Verbrechens anzeigen, wenn er ihm nicht in seinem Salon ein Wandgemälde male und B eingeschüchtert durch diese Drohung das Bild malt, indem er dem A lediglich seine künstlerische Arbeitskraft zur Verfügung stellt, während A die Farben etc. liefert. Hierher gehört auch der Fall, den Buri (G. S. IX. Beilageheft S. 65) im Gegensatze zu Villnow als Erpressung qualifiziert: Ein Arzt wird zur Heilung erkrankter Tiere genötigt. In beiden Fällen erachten wir eine Vermögensbeschädigung für gegeben. Die Arbeit ist nach unserer Ansicht ein Vermögenswert, über den der Arbeiter wie jeder andere Warenverkäufer rechtsgeschäftlich verfügen kann. Insofern ist sie also ein Bestandteil des Vermögens in ökonomischem Sinne, das wir bereits oben als „den Inbegriff von Vermögenswerten, über den jemand verfügt“ bezeichnet haben. Dieses Vermögen wird nun in unseren beiden Fällen dadurch geschädigt, dass der Maler bzw. Arzt in seiner Arbeit eines Vermögenswertes sich entäussert, ohne dass ihm ein entsprechendes Äquivalent zu teil wird. Derselben Ansicht ist implicite auch Meyer, wenn er auf Seite 710 seines Lehrbuchs in der Vornahme von Leistungen eine Vermögensschädigung erblickt.



SIEBENTER ABSCHNITT.

Die Erörterung des Thema's bei der Untreue.

§ 31.

Sehr gut charakterisiert Liszt die Untreue, wenn er auf Seite 426 seines Lehrbuchs sagt: „Sie erscheint als die Verletzung der aus Verträgen oder vertragsähnlichen Verhältnissen entspringenden Pflicht zur Wahrnehmung anvertrauter fremder Vermögensinteressen. Sie unterscheidet sich von dem Vertragsbruch, der als einfache Nichterfüllung erscheinen kann, durch die positive Richtung gegen fremde Interessen; von der Unterschlagung, welche Eigentumsverletzung ist, durch die Richtung gegen fremde Forderungsrechte.“ Diese Forderungsrechte, welche bei den einzelnen Fällen der Untreue Objekte der Verletzung sind, stimmen nun, so verschieden sie in andrer Beziehung sind, in dem einen Punkte überein, dass ihnen ein und derselbe Anspruch eigentümlich ist, der darin besteht, dass gewisse Personen bei Ausführung von Geschäften, Verwaltung einzelner Vermögensstücke oder ganzen Vermögens sich jeder Benachteiligungshandlung enthalten sollen. Als Subjekte dieser Verpflichtung nennt das Gesetz folgende Personen: 1) Vormünder, Kuratoren, Güterpfleger, Sequester, Massenverwalter, Vollstrecker letztwilliger Verfügungen und Verwalter von Stiftungen. 2) Bevollmächtigte. 3) Feldmesser, Versteigerer, Mäkler, Güterbestätter, Schaffner, Wäger, Messer, Bracker, Schauer, Heuer und andere zur Betreibung ihres Gewerbes von der Obrigkeit verpflichtete Personen.

Was die Frage nach dem verletzten Rechtsgut anlangt, so könnte die Fassung der einzelnen Veruntreuungshandlungen Zweifel erregen, ob unter den Ausdrücken „zum Nachteil handeln“, „zum Nachteil verfügen“, „benachteiligen“, wirklich Vermögensbenachteiligungen zu verstehen seien. Diese Begriffe würden jedoch ins Unbestimmte zerfließen, wenn man diesen Sinn nicht hineinlegen würde. Für diese Ansicht spricht auch der enge systematische Anschluss der Untreue an den Betrug im Reichsstrafgesetzbuch.



ACHTER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's beim Bankbruch und bei der Vereitelung der Zwangsvollstreckung.

§. 32.

Die Bestrafung des Bankbruchs hat zur Voraussetzung, dass der Thäter seine Zahlungen eingestellt hat bzw. dass über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde. Jedenfalls liegt nun in der Thatsache der Zahlungseinstellung als einer Nichterfüllung fälliger Geldverpflichtungen auf Grund wirklicher, vermeintlicher oder vorgeschützter Zahlungsunfähigkeit (Liszt S. 432) eine Verletzung von Forderungsrechten. Es kann jedoch zweifelhaft sein, ob diese Rechtsverletzung Bestandteil des Bankerottthatbestandes oder lediglich Bedingung der Strafbarkeit desselben ist. Wir entscheiden uns für die letztere Ansicht. Wäre nämlich die Zahlungseinstellung Thatbestandsmerkmal, so müsste nach den Grundsätzen der Lehre von der Schuld, die Schuld des Thäters auf diese seine Unterlassung, Geldverpflichtungen zu erfüllen, sich beziehen. Es wird aber auch von gegnerischer Seite nicht bestritten, dass die Zahlungseinstellung schuldhaft herbeigeführt zu sein braucht. (Liszt S. 432 Anm. 2.) Für die Natur der Zahlungseinstellung als Bedingung der Strafbarkeit spricht ferner der Umstand, dass zwischen ihr und den einzelnen Bankerottthaten kein Causalzusammenhang zu bestehen braucht, dass sie also als ganz äusserliche Thatsache zu denselben hinzutreten kann. (Nach einer Notiz aus Birkmeyers Strafrechtskonversatorium.) Dafür spricht endlich, dass der Relativsatz (in § 209 K. O.) „Schuldner, welche ihre Zahlungen eingestellt haben,“ weniger die Funktion hat eine Eigenschaft der betreffenden Schuldner anzugeben, als vielmehr den Zweck, den Eintritt eines einmaligen Vorkommens zu bezeichnen, was ebensogut durch den Condizionalsatz, „wenn sie ihre Zahlungen eingestellt haben“, ausgedrückt hätte werden können (eodem). Was die Konkurseröffnung anlangt, so enthielt dieselbe natürlich nicht den Thatbestand einer Forderungsverletzung, aber sie

setzt, da sie bekanntlich durch die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners bedingt ist, d. h. durch die (thatsächlich vorhandene) Unfähigkeit, die Mittel zur Bezahlung fälliger Geldschulden herbeizuführen, eine solche Verletzung voraus, die natürlich noch weniger Bestandteil des Bankerottthatbestandes ist als die Forderungsverletzung im Falle der Zahlungseinstellung.

Nach **Liszt** sind die Forderungsrechte der Gläubiger — wenn man vom geltenden Rechte absehe (S. 430) — Angriffsobjekte des Bankbruchs. Er sagt: Der Bankbruch ist — wenn wir vom geltenden Rechte absehen — Verletzung der Forderungsrechte der Gläubiger von Seiten des Schuldners durch vorsätzliche oder fahrlässige Verminderung des eigenen Vermögens oder durch Verschleierung des Vermögensstandes. Die Forderungen der Gläubiger sind der eigentliche Angriffsgegenstand des Bankbruchs; sie werden getroffen in dem schuldnerischen Vermögen selbst, als dem Mittel ihrer Befriedigung. Das geltende Recht schneide jedoch die Erörterung der Frage, ob im Einzelfall eine Verletzung der Ansprüche stattgefunden habe, ein für allemal ab. Es nehme die Verletzung ohne weiters als gegeben an, wenn entweder die Konkurseröffnung oder eine Zahlungseinstellung stattgefunden habe (S. 431). **Liszt** fasst jedoch an der Stelle, wo er von Verletzung der Forderungsrechte spricht, gar nicht den juristisch-technischen Sinn dieser Worte ins Auge. Er sieht die Verletzung von Forderungsrechten gegeben, wenn der Schuldner sein Vermögen vorsätzlich oder fahrlässig vermindert oder den Vermögensstand verschleiert hat, ohne Rücksicht, ob die betreffenden Forderungen überhaupt fällig sind, während eine Forderungsrechtsverletzung im juristisch-technischen Sinne nur dann vorliegt, wenn fällig gewordene Forderungsrechte gegen den Willen des Gläubigers nicht erfüllt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus kann der Thatbestand des einfachen und schweren Bankbruchs vorliegen, ohne dass eine solche Verletzung stattgefunden zu haben braucht. Ein Beispiel: Ein Schuldner sieht im August 1896 voraus, dass er verschiedene am 1. April 1897 fällig werdende Forderungsrechte nicht könne befriedigen. Nun schafft er sofort Vermögensstücke bei Seite in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen. Hiermit ist der Bankerottthatbestand vollständig gegeben, ohne dass überhaupt die betreffenden Forderungsrechte fällig geworden und durch

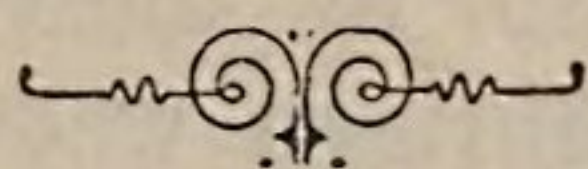
Nichtbefriedigung verletzt worden wären. Dieser Ansicht kann man jedoch nur sein, wenn man mit uns die am 1. April 1897 eintretende Zahlungseinstellung nicht als Thatbestandsmerkmal, sondern als Bedingung der Strafbarkeit auffasst.

Der Thatbestand der Gläubigerbegünstigung hingegen setzt notwendigerweise eine Verletzung von Forderungsrechten voraus, da der Schuldner dieses Verbrechen nur nach eingetretener Zahlungsunfähigkeit (i. e. nach der Verletzung von Forderungsrechten) begehen kann, denn er muss Kenntnis von dieser Zahlungsunfähigkeit haben; die verbrecherische Handlung selbst birgt jedoch den Thatbestand einer Verletzung von Forderungsrechten nicht in sich. Dies ist in den Fällen der Teilnahme dritter Personen am Bankrott § 212 und des Stimmenkaufs um so weniger der Fall, als die betreffenden Thäter gar nicht Contrahenten der Gläubiger sind. Auch der Thatbestand der Vereitelung der Zwangsvollstreckung deckt sich nicht mit dem einer Verletzung des Forderungsrechtes des betreffenden Gläubigers; jedenfalls setzt er aber diese voraus, denn die verbrecherische Handlung muss bei einer ihm (dem Thäter) drohenden Zwangsvollstreckung verübt werden.

§ 33.

Als das Rechtsgut, das durch den betrügerischen Bankbruch angegriffen wird, betrachten wir das Vermögen im ökonomischen Sinne, denn alle Handlungen, welche diesem Delikte eigentümlich sind, gefährden durch vorsätzliche Verminderung des Vermögens des Schuldners oder durch Verschleierung des Vermögensstandes desselben die Befriedigung der Gläubiger, was zur Folge hat, dass ihre Forderungen je nach dem Grade der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners in ihrem Geldwert sinken. Dasselbe lässt sich von der Gläubigerbegünstigung, der Teilnahme dritter Personen am Bankbruch (§ 212) und vom Stimmenkauf sagen. Beim einfachen Bankbruch fehlt jedoch vollständig in subjektiver Beziehung die Richtung gegen das Vermögen der Gläubiger, da dem Verbrechenssubjekt die Absicht, die Gläubiger zu benachteiligen, mangelt. Auch in objektiver Beziehung ist es nicht nothwendig, dass durch den Aufwand des Schuldners oder dadurch, dass er Handelsbücher zu führen oder die Bilanz zu ziehen unterlassen hat etc., das Ver-

mögen der Gläubiger gefährdet wurde. Immerhin kommt diesen einzelnen Handlungen die Eigenschaft einer abstrakten Gefährlichkeit zu. Bei diesen Delikten ist also das Vermögen nicht notwendig aber doch regelmässig Objekt der Verletzung oder Gefährdung. Die Vereitelung der Zwangsvollstreckung hat dagegen mit dem betrügerischen Bankbruch dasselbe Objekt gemeinsam, das Vermögen im ökonomischen Sinne, denn bei ihm richtet sich die Thätigkeit des Verbrechers gleichfalls darauf, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln.



NEUNTER ABSCHNITT. *)

**Die Erörterung des Thema's beim strafbaren Kreditgeben
an Minderjährige und beim Wucher.**

§ 34.

Hälschner (II. S. 429) widerspricht der Ansicht, die behauptet aus den Worten „unter Benutzung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit“ in § 301 und 302 müsse geschlossen werden, dass das Creditgeschäft, dessen Charakter in diesen Paragraphen gekennzeichnet wird, wesentlich zu Ungunsten des Minderjährigen lauten müsse (Merkel H. H. III. S. 847). Nach Hälschner ist dies kein wesentliches Erfordernis. Er meint, auch dann, wenn der Thäter mit dem ordnungsgemässen kaufmännischen Geschäftsgewinn sich begnüge, könne eine Benutzung des Leichtsinns angenommen werden, wenn etwa dem Minderjährigen

*) Der erste Teil des Thema's braucht nicht erörtert zu werden, da es offenbar kein Vermögensrecht giebt, denen die beiden Deliktarten zuwiderliefen. Der Schwerpunkt dieser Verbrechensthatbestände liegt ebenso wie bei dem Betrug und der Erpressung civilrechtlich auf einer anderen Seite.

wissentlich zum Zweck verschwenderischer, seinen Verhältnissen nicht entsprechenden Ausgaben Credit gewährt werde. Wir halten die Ansicht Hälschners für richtig. Etwas Benutzen heisst nur aus etwas Nutzen ziehen; es kommt dabei nicht darauf an, dass durch den Nutzen, der gezogen wird, auf der anderen Seite für den benutzten Teil ein Schaden entsteht — man denke dabei an die Redensart, „ich benutze die Eisenbahn“. Für diese Ansicht spricht auch die Thatsache, dass im Wucherparagraphen nicht von „Benutzung des Leichtsinnes“ gesprochen wird, sondern der stärkere Ausdruck „Ausbeutung des Leichtsinns“ gebraucht wird. Insofern also in diesen Fällen eine Vermögensbeschädigung des Minderjährigen weder beabsichtigt wird noch erfolgt, weil er dafür, dass er die Verpflichtungsurkunde ausstellte oder ein Zahlungsversprechen mündlich erteilte, entsprechende Äquivalente bekommt, ist dem Thatbestand des strafbaren Kreditgebens als Angriffsobjekt das Vermögen im ökonomischen Sinne gar nicht wesentlich. Ein anderes Rechtsgut jedoch, dessen Verletzung dieser Verbrechenhandlung eigentümlich wäre, wird sich nicht konstruieren lassen.

§ 35.

Anders ist diese Frage beim Wucher zu entscheiden. Die Objekte der deliktischen Entziehungshandlung sind in den Fällen des § 302 a—c Vermögensvorteile, welche den üblichen Zinsfuss dergestalt überschreiten, dass nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Missverhältnis zur Leistung stehen. Dass das Vermögen des Schuldners notwendigerweise durch den fraglichen Geschäftsabschluss geschädigt werden muss, geht demnach daraus hervor, dass der Geldwert der Leistung des Wucherers nicht nur nach den üblichen Verkehrsverhältnissen, sondern auch „nach den Umständen des Falles“ — und zwar in auffälliger Weise — hinter dem Geldwert der schuldnerischen Leistung zurückbleibt. Für die Notwendigkeit der Vermögensbeschädigung spricht ferner auch der Umstand, dass das Gesetz verlangt, der Geschäftsabschluss müsse „unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit“ des Gegenkontrahenten zustandekommen.

Bei dem Sachwucher sind „Vermögensvorteile, welche

den Wert der Leistung (des Bewucherten) derart überschreiten, dass nach den Umständen des Falles der Vermögenswert in auffälligem Missverhältnis zu der Leistung steht“ Objekte der Entziehung. Es handelt sich also auch hier um den Austausch einander nicht entsprechender Vermögenswerte d. h. um eine Vermögensbeschädigung im ökonomischen Sinne. Unter diesen Thatbestand fällt besonders häufig die Ausbeutung der Arbeitskraft. Dass wir auch hier eine Schädigung des Vermögens im ökonomischen Sinne sehen, haben wir bereits im § 30 auseinandergesetzt.



ZEHNTER ABSCHNITT.

Erörterung des Thema's bei der Sachhehlerei, beim strafbaren Glücksspiel und bei der strafbaren öffentlichen Ausspielung.

§ 36.

Die Sache, über die der Hehler in strafbarer Weise verfügt, kann im Eigentum dessen stehen, dem sie durch die der Partiererei vorausgehende strafbare Handlung entzogen wurde. Notwendig ist dies jedoch nicht; sie kann auch ins Eigentum dessen getreten sein, der die strafbare Handlung beging. Zum Beispiel ein Wilddieb schießt ein Reh und wird Eigentümer dieses Wildes nach dem einschlägigen Privatrecht (Pandektenrecht). Die fragliche Sache kann aber auch eine herrenlose sein. Zum Beispiel wenn der Wilddieb nach dem einschlägigen Privatrecht (deutsches Privatrecht, s. Dernburg I. S. 472, Anm. 14) nicht Eigentümer des geschossenen Wildes wird, sondern dieses herrenlos bleibt, bis es an den Jagdberechtigten, oder auch an einen gutgläubigen Erwerber kommt. Aus diesen 2 Beispielen ersieht man, dass es keineswegs erforderlich ist, dass die Verfügungshandlungen des Hehlers vermögensrechtlichen Ansprüchen zuwiderliefen.

Dass beim strafbaren Glücksspiel und bei der strafbaren öffentlichen Ausspielung von einer Verletzung von Vermögensrechten, die diesen Verbrechen eigentümlich wäre, nicht die Rede sein kann, geht schon von vornherein daraus hervor, dass in diesen Fällen die betreffenden passiven Verbrechenssubjekte mit den sie eventuell schädigenden Handlungen einverstanden sind.

§ 37.

Der strafbare Spieler macht nach § 283 ein Gewerbe aus dem Glücksspiel. Daraus geht hervor, dass die Einsätze Vermögenswert haben müssen. Dies ist auch unbestritten. Demnach liegt beim strafbaren Glücksspiel insofern ein Angriff gegen fremdes Vermögen vor, als der Spieler durch seine spielerische Thätigkeit Bedingungen setzt, um dem fremden Vermögen Vermögenswerte ohne Gegenleistung zu entziehen d. h. um es zu schädigen. Dieser Angriff liegt hier ähnlich wie beim Betrug darin, dass die Schädigung des Vermögens durch den Willen eines andern vermittelt werden soll: Beim Betrug ist es die Täuschung, welche den Willen beeinflusst; beim Glücksspiel eine (mindestens moralische) Verpflichtung, der Entscheidung des Spiels gemäss zu zahlen.

Paragraph 285 bedroht den Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes, welcher Glücksspiele daselbst gestattet oder zur Verheimlichung solcher Spiele mitwirkt, mit Strafe. Merkel (H. H. III. S. 828) meint nun, es sei nicht erforderlich, dass die Einsätze der Spieler des § 285 Vermögenswert haben müssten. Dieser Ansicht steht jedoch eine überwiegende gegenteilige Meinung der Schriftsteller gegenüber. Ausschlaggebend erscheint uns in dieser Beziehung der Sprachgebrauch, der eine scharfe Grenze zwischen den Begriffen „Glücksspiel“ und „Unterhaltungsspiel“ zieht, wobei er unter ersterem nur das Spiel um Geld oder Geldeswert versteht. Das Vermögen im ökonomischen Sinne ist nun bei diesem Delikt insofern Objekt des Angriffes, als der Inhaber des öffentlichen Versammlungsortes dadurch, dass er Glücksspiele daselbst gestattet etc., als Beihelfer dazu mitwirkt, dass das Vermögen der Spieler in seiner Integrität bedroht wird.

Auch bei der Veranstaltung von öffentlichen Lotterien oder

Ausspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen werden Bedingungen gesetzt, die darauf abzielen, fremde Vermögen ökonomisch zu schädigen, wenn auch im einzelnen Falle eine solche Veranstaltung keine wirkliche Gefahr für das Vermögen einer Person herbeizuführen braucht, da dieses verbrecherische Unternehmen schon dann vollendet vorliegen kann, wenn dem Publikum ermöglicht wird, z. B. durch Zusendung des Ziehungsplans, an der Ausspielung sich zu beteiligen. Ebenso steht es im Falle des § 360 Nr. 14, wenn jemand unbefugt auf einem öffentlichen Wege, einer Strasse, einem öffentlichen Platze oder einem öffentlichen Versammlungsorte Glücksspiele hält.

Meist wird auch die Partiererei als eine Vermögensgefährdung behandelt (insbesondere von **Liszt**). Unter anderen charakterisiert sie **Binding** (Normen II. S. 573) folgendermassen: Der Hehler trete zu der mittels einer strafbaren Handlung erlangten Sache in unmittelbare Beziehung, deren Zweck dahin ginge, die durch das Delikt bezüglich der Sache geschaffene widerrechtliche Vermögenslage aufrecht zu erhalten und folglich dem früheren berechtigten Inhaber deren Wiedererlangung zu erschweren oder unmöglich zu machen (ebenso **Olshausen** § 259 Nr. 16). **Liszt** *) sagt, die Partiererei erscheine als Aufrechterhaltung, in den meisten Fällen sogar als Vertiefung und Sicherung einer rechtswidrigen Vermögenslage; sie trete zu einer bereits erfolgten Vermögensschädigung hinzu, setze diese begrifflich voraus, brächte aber den dem Berechtigten entzogenen Vermögensgegenstand in noch weitere Entfernung von seiner Verfügungsgewalt.

Vor allen Dingen müssen wir uns gegen die Auffassung aussprechen; dass die Partiererei notwendig eine Vermögensbeschädigung (worunter auch **Liszt** „eine Verringerung des Geldwertes des Vermögens“ versteht) voraussetze. Wenn beispielsweise eine nicht geldwerte Sache gestohlen wurde, so steht nichts entgegen, dass an dieser Sache eine Partiererei begangen werden könne und doch läge hier eine Vermögensbeschädigung des Bestohlenen nicht vor, was auch **Liszt** S. 392 Anm. 2 anerkennt, indem er **Gebauer** zugiebt, dass der Diebstahl, insoweit er auch

*) Lehrbuch S. 462.

an nicht geldwerten Sachen begangen werde, nicht als Vermögensdelikt erscheine.

Ferner kann ja — wie wir weiter oben gesehen haben — die der Partiererei vorausgehende strafbare Handlung auch an herrenlosen Sachen begangen werden, die also noch gar nicht Bestandteile eines Vermögens gewesen sind. Damit glauben wir bewiesen zu haben, dass das Vermögen im ökonomischen Sinne kein wesentliches Angriffsobjekt der Partiererei ist. Ein Rechtsgut, dessen Verletzung allen Fällen dieses Deliktes gemeinsam wäre, wird man auch hier nicht konstruieren können.



Berichtigungen.

S. 28	Z. 1	v. o. ist zu lesen	„Strg. § 235“	statt	„S. 235“.
„ 28	Z. 2	„ „ „ „	„Strg. § 236“	„	„S. 236“.
„ 28	Z. 3	„ „ „ „	„Strg. § 176 N. 1“	„	„S. 176 § 1“.
„ 28	Z. 10	„ „ „ „	„besondere“	„	„besondere“.
„ 41	Z. 2	„ „ „ vor	„Verbrechen“ ein „dem“ einzuschieben.		
„ 43	Z. 19	„ „ „ zu lesen	„das“	statt	„dass“.
„ 43	Z. 2	„ u. „ „	„S. 195“	„	„S. 149“.
„ 45	Z. 14	„ o. „ „	„Einwirkungen“	„	„Einwilligungen“.
„ 55	Z. 17	„ „ „ „	„Strg. § 304“	„	„§ 303 a“.
„ 55	Z. 8	„ u. „ „	„E. 4,386“	„	„B. 4. 386“.
„ 55	Z. 3	„ „ „ „	„ausschliessenden“	„	„ausschliessende“.
„ 59	Z. 14	„ o. „ „	„betreffenden“	„	„betreffende“.
„ 59	Z. 15	„ „ „ „	„dieser“	„	„diesen“.
„ 60	Z. 2	„ u. „ „	„§ 113“	„	„§ 112“.
„ 61	Z. 1	„ o. „ „	„§ 15“	„	„§ 13“.
„ 62	Z. 2	„ „ „ „	„betreffenden“	„	„betreffende“.
„ 63	Z. 11	„ u. „ „	„geldwert“	„	„Geldwert“.
„ 67	Z. 15	„ „ „ „	„S 62“	„	„§ 62“.
„ 68	Z. 7	„ o. „ „	„§ 289“	„	„§ 269“.
„ 70	Z. 1	„ u. „ „	„welcher“	„	„welche“.
„ 71	Z. 1	„ o „ „	„nimmt“	„	„nehmen“.
„ 71	Z. 20	„ „ „ „	„479“	„	„470“.
„ 77	Z. 6	„ „ „ „	„§ 20“	statt	„Abschnitt I. § 3“.
„ 80	Z. 6	„ „ „ „	„XXXI.“	„	„III.“
„ 80	Z. 16	„ u „ „	„XXIX.“	„	„IX.“
„ 83	Z. 14	„ o. „ „	„der“	„	„dsr“.

Wagner, Peter

Beitrag zur Lehre von den Objekten des Verbrechens insbesondere zur Lehre
von den Objekten der Vermögensdelikte

[Darmstadt?] [1897?]

Crim. 273 svd

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11804567-7